

9 Arbeiterbildung ohne ‚Arbeiter‘? Das Forschungsinstitut für Arbeiterbildung

Geschichte, so bemerkte Karl Marx, wiederhole sich: das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce¹. In einigen Aspekten lässt sich die Gründung des „Forschungsinstituts für Arbeiterbildung“ (FIAB) in Recklinghausen 1980 tatsächlich mit der Etablierung der Arbeiterfilme als Genre parallelisieren: Kunst und Wissenschaft sind beides Felder, die sich durch einen dezidierten, je spezifischen Wahrheitsanspruch auszeichnen. Und weder in der Kunst noch in der Wissenschaft sind ‚Arbeiter‘ zentrale Akteure, vielmehr sind sie bestenfalls Randerscheinungen, zu meist wohl eher aber Fremdkörper. Und beide Male waren nicht nur öffentlich-rechtliche Institutionen entscheidend daran beteiligt, das jeweilige Feld für die ‚Arbeiter‘ zu erschließen, auch die IG Metall trat als fördernde Kraft in Erscheinung. Bedenkt man deren obstruktive Haltung gegenüber der Personengruppe Arbeiter des DGB, ist dies ein überraschender Befund – womöglich gestaltete sich das Verhältnis dieser Gewerkschaft zu den ‚Arbeitern‘ komplexer als bislang dargestellt. Und doch konnte die Ressource ‚Arbeiter‘ das FIAB nicht dauerhaft stabilisieren, auch wenn es deutlich länger als das Filmgenre Bestand hatte. 2006 verfügte die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Düsseldorf das Ende *aller* Forschungsinstitute in Nordrhein-Westfalen². Als eine Farce, wie Marx nahegelegt hatte, lässt sich die Geschichte des FIAB aber gewiss nicht bezeichnen, auch wenn das Ende der Arbeiterfilme in den Augen einiger Zeitgenossen tragische Züge trug.

Die Entscheidung, die Entwicklung der Ressource ‚Arbeiter‘ im Feld der Wissenschaft ausgerechnet am Beispiel eines kleinen Forschungsinstituts zu betrachten, ist begründungspflichtig. Größere Öffentlichkeitswirksamkeit entfalteten sicherlich die Industriesoziologie oder die Arbeiterhistoriographie. Der Reiz der Arbeiterbildung ergibt sich jedoch aus der im vorangegangenen Kapitel dargestellten Entwicklung: Bildung und Wissen erhielten unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter eine ganz neue Bedeutung. Sie mussten sich fort- und weiterbilden, um ‚Arbeiter‘ zu bleiben, denn andernfalls drohte die Arbeitslosigkeit. Daran hat sich seither wenig geändert. Gerade von einem Forschungsinstitut für Arbeiterbildung wäre also zu erwarten gewesen, dass es von Bestand sein würde. Tatsächlich geriet der Arbeiterbegriff selbst hier zu Beginn der 1990er Jahre unter Druck. Vor der endgültigen Schließung

1 Vgl. Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Stuttgart 1914 [1852], S. 7.

2 Vgl. Miriam Bunjes, Land hat Forschung satt, in: TAZ, 13.3.2006, NRW aktuell S. 1, <<https://taz.de/Land-hat-Forschung-satt/!462562/>> (11.07.2023).

des Instituts erfolgte noch im Jahr 2001 die Umbenennung in „Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation“. Diese Maßnahme lag im Trend. Zwei Jahre zuvor hatte die 1979 als „Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ gegründete Einrichtung ihren Namen nach mehreren Umbenennungen schließlich in „Institut für soziale Bewegungen“ geändert³. Wiederum ein Jahr zuvor war die Kommission „Arbeiterkultur“, auch sie 1979 von der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde konstituiert, einen ähnlichen Schritt gegangen, als sie den Bezug auf einen Akteur tilgte und durch einen Strukturbegriff ersetzte. Seither firmiert sie als Kommission „Arbeitskulturen“⁴. Es überrascht daher nicht, dass der frisch berufene FIAB-Direktor Klaus Dörre 2001 keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer Umbenennung aufkommen ließ, war doch „auch der Begriff einer emanzipatorischen Arbeiterbildung inhaltlich entkernt“⁵. Und doch stellt sich die Frage: Wie war dies möglich, nachdem sich sein Institut 20 Jahre lang mit diesem Sachverhalt beschäftigt hatte?

Im ersten Schritt gilt es, die Motive der Akteure zu untersuchen, die zur Gründung des Instituts geführt hatten. Im zweiten Schritt widme ich mich dann der Frage, welche Kerne der Arbeiterbildung sich in der Institutsarbeit der 1980er Jahre überhaupt herausbildeten. Und schließlich soll die retardierende Phase des folgenden Jahrzehnts in den Blick genommen werden. Denn erklärungsbedürftig ist auch, weshalb die Beteiligten nicht schon 1990 eine Umbenennung vollziehen konnten.

9.1 ‚Arbeiterbildung‘ zwischen Wissenschaft und gewerkschaftlicher Politik

Das FIAB verdankte seine Existenz drei Akteuren: der IG Metall, der Ruhr-Universität Bochum (RUB) und der Landesregierung Nordrhein-Westfalens. So ungewöhnlich diese Konstellation auf den ersten Blick auch erscheinen mag, handelte es sich keineswegs um eine Ad-hoc-Koalition, wohl aber um ein Spezifikum des Ruhrgebiets. Unproblematisch war die Zusammenarbeit indes zu keiner Zeit.

3 Vgl. Peter Friedemann, Die ungeliebte Tochter. Zur Genese des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum: Ein partizipatorischer, wissenschaftspolitischer Prozess 1965–1988, in: Die Henne. Beiträge zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum 4 (2015), S. 7–60, hier S. 9. Schon 1986 und 1987 hatte es Umbenennungen gegeben, jedoch war der Arbeiterbewegungsbegriff erhalten geblieben. Vgl. *ibid.*

4 Vgl. <<https://dgek.wd.netzwerk/kommissionen/arbeitskulturen/>> (12.07.2023).

5 Klaus Dörre an die Mitglieder des FIAB-Vorstandes, 2. April 2001, Anlage: Vorlage zum TOP Institutsreform, S. 2, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

9.1.1 Motive der Beteiligten

RUB

Als erste Universität des Ruhrgebiets hatte die RUB 1965 den Lehrbetrieb aufgenommen, nachdem der Landtag 1961 die Gründung beschlossen hatte⁶. Die Entscheidung, im Ruhrgebiet eine Hochschullandschaft aufzubauen, fiel also vor dem Hintergrund der Kohlekrise, die allen Beteiligten klargemacht hatte, dass der Region ein tiefgreifender Strukturwandel bevorstehen würde. Die RUB befand sich daher von Anfang an in einem besonderen Verhältnis zur Arbeiterschaft, nicht zuletzt sollte sie den Arbeiterkindern der Region einen Bildungsaufstieg ermöglichen⁷. In etwas abgeschwächter Weise sahen sich aber alle Universitäten in den 1970er Jahren mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich sozialen Gruppen gegenüber zu öffnen, die bislang kaum an den Universitäten vertreten waren – hier ging es den Hochschulen im Grunde nicht anders als den Fernseh- und Rundfunkanstalten. Im März 1976 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung eine prominent besetzte Tagung unter dem aussagekräftigen Titel „Hochschule in der Arbeitnehmergesellschaft“⁸. Dort erklärte sich Werner Knopp, damals Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonferenz, bereit, auch mit den Gewerkschaften einen Dialog zu suchen, denn dies sei „nicht nur ein Gebot der sachlichen Vernunft, das auch und in erster Linie, sondern auch der politischen Einsicht“⁹. Zu dieser politischen Einsicht hatte ihm Helmut Rohde, der damals das Amt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft ausübte, verholfen. Laut Tagungsbericht erwartete er von den Akademikern, „daß sie ihre Forschungsaktivitäten auch unter dem Gesichtspunkt einer allgemein sozialen Verpflichtung überprüfen und daß sie ihre jeweiligen gesellschaftspolitischen Prämissen offenlegen.“¹⁰ Auf wirkliche Begeisterung war Rohde bei Knopp nicht gestoßen, zumal schon in den Jahren zuvor die Studierendenbewegung mit ganz ähnlichen Argumenten eine „Demokratisierung“ der Hochschule

6 Vgl. Hans Stallmann, Vom Kohlenpott zur Wissenschaftsregion. Hochschulgründungen im Ruhrgebiet, in: Jens Adamski/Stefan Berger/Stefan Goch et al. (Hrsg.), Forschung, Bildung und Kultur. Wissenschaft im Ruhrgebiet zwischen Hochindustrialisierung und Wissensgesellschaft, Essen 2020, S. 257–275, hier S. 257, 266.

7 Vgl. *ibid.*, S. 274 sowie Manfred Wannöfel, Wissenschaft für die Arbeitswelt. Die Kooperation zwischen der IG Metall und der Ruhr-Universität Bochum, in: Adamski et al., Forschung, Bildung und Kultur, S. 417–434, hier S. 418 ff.

8 Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, *informationen bildung wissenschaft* 3/76, 25. März 1976, in: AdSD 5/IGMA200182.

9 *Ibid.*, S. 4. Diese Seitenzahl bezieht sich hier und im Folgenden auf die handschriftlich angebrachte Paginierung.

10 *Ibid.*, S. 7.

eingefordert hatte. Zur Abwehr hatten sich 1970 besorgte Professoren in Bad Godesberg zum „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zusammengeschlossen¹¹. In ihre Klagen stimmte nun auch Knopp ein, wenn er eine stärkere Berücksichtigung des Themenkomplexes Arbeit durch die Universitäten von der Achtung ihrer Wissenschaftsfreiheit abhängig machte. Welche Distanz es aus seiner Sicht zu überwinden galt, ließ seine Bitte erahnen, „die Forderungen, die hier im sachlichen Kern berechtigt erhoben werden, konkreter zu artikulieren und das auch in einer wissenschafts- und forschungsgerechteren Form zu tun, als das vielfach geschieht“¹². Offensichtlich sprach man (noch) nicht dieselbe Sprache.

Die RUB war zu diesem Zeitpunkt schon einen Schritt weiter, denn 1975 hatte sie ein Kooperationsabkommen mit der IG Metall geschlossen. Laut Manfred Wannöfel sollte der „Vertrag [...] dazu beitragen, die vorurteilsbeladene und emotionalisierte Auseinandersetzung über eine mögliche Einflussnahme der Interessenorganisation auf Forschung und Lehre zu versachlichen.“¹³ Um Sachlichkeit, oder besser gesagt: um Normalität bemüht war auch Knut Ipsen, dem als Rektor der RUB die Aufgabe oblag, die universitäre Öffentlichkeit über ein aus der Kooperation erwachsenes Vorhaben zu informieren. Er versicherte, „daß die Neugründung des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des Gründungskonzepts der RUB [ist] – das wissenschaftliche Potential der Universität der Bevölkerung der Region zur Verfügung zu stellen.“¹⁴ Seine Worte erweckten den Eindruck, als handle es sich bei der Gründung des FIAB um eine organische Weiterentwicklung der Universität ohne Rückwirkung auf deren Betrieb. Denn auch die Aussage, dass die RUB nun ihr wissenschaftliches Potential der Bevölkerung zur Verfügung stellen wolle, hörte sich nach einem selbstlosen Akt der hehren Wissenschaft an und war für die Leserschaft weniger irritierend als der von Rohde auferlegte Zwang, die eigene Forschung auf Sozialverträglichkeit hin zu überprüfen. Dass die Bildungsferne der Arbeiter bereits als eine wissenschaftliche Fragestellung etabliert war¹⁵, erleichterte Ipsens rhetori-

11 Vgl. Axel Schildt, ‚Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten‘. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: AFS 44 (2004), S. 449–478, hier S. 451ff.

12 Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Informationen, S. 5 (Hervorhebung gelöscht).

13 Wannöfel, Wissenschaft, S. 426.

14 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung in Recklinghausen gegründet, in: RUB aktuell, Nr. 65, 2. Mai 1980, o. S., in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

15 Ruhr-Universität Bochum, Der Rektor, Prof. Dr. P. Meyer-Dohm, an Herrn Ltd. Min.-Rat Becker, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, 28. Juni 1979, Anlage: Ruhr-Universität Bochum, Aufgaben, Struktur, Organisation und Finanzierung eines Forschungsinstitutes für Arbeiterbildung an der Ruhr-Universität Bochum, 25. Juni 1979, S. 1, in: AdsD 5/IGMA200571.

schen Kniff sicherlich. Seine Strategie war schon deshalb klug, weil zumindest der Teilaspekt der beruflichen Bildungsarbeit in den 1970er Jahren eine Politisierung erfahren hatte, begleitet von scharfen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften¹⁶.

Interessanterweise folgte Ipsen in seiner Kommunikation mit der IG Metall der Linie Rohdes. In der Kooperation mit der Gewerkschaft erkannte er explizit einen originären Wert für die Forschung:

Ein solcher Dialog kann zu der Erkenntnis führen, daß die Wissenschaft neben der ihr immanenten Freiheit, sich über alle Grenzen hinwegzusetzen, auch Einsicht und Verantwortlichkeit braucht, die sie davor bewahren, ausschließlich die vielbeschworenen Sachzwänge zu schaffen, denen sie schließlich selbst hilflos ausgeliefert ist. Hier hat die Kooperation eine große Chance, hier hat sie aber zugleich auch ihre Bewährungsprobe zu bestehen.¹⁷

Ipsen erkannte im Akteur ‚Arbeiter‘ ein Korrektiv zum Sachzwangdenken, das von der Prämisse der uneingeschränkten Priorität der Struktur ausgeht. Dies war ein Gedanke, der durchaus Potential hatte. Der Verweis auf die damit verbundene „Bewährungsprobe“ deutete freilich an, dass die beiden Konzepte ‚Arbeiter‘ und Wissenschaft nur mit Mühe zu vereinbaren waren. Auch vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass das FIAB das erste Institut war, das aus der Kooperation zwischen RUB und IG Metall hervorgegangen war. Beide Parteien kamen nicht umhin, es nun tatsächlich zur Bewährungsprobe kommen zu lassen.

IG Metall

Anlass zur Sorge bestand für die Universität jedoch kaum, sofern man der Argumentation von Manfred Wannöffel, aktuell Geschäftsführer der Gemeinsamen Arbeitsstelle RUB/IGM¹⁸, folgt. Der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen hatte sich schon in den frühen 1960er Jahren zur Wissenschaftsfreiheit bekannt, was nicht zuletzt im Eigeninteresse der Gewerkschaften lag:

Ein normativer Interessenbezug und ein damit eingetretener Verlust von Unabhängigkeit hätten der Reputation der Wissenschaftler geschadet und wären auch für die gewerkschaftspolitische Praxis hinderlich gewesen, da schließlich die Gewerkschaft in der Kooperation mit

¹⁶ Vgl. Franziska Rehlinghaus, *Gegen Linke reden. Die Politisierung beruflicher Bildungsarbeit in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 17 (2020), S. 477–502.

¹⁷ Ruhr-Universität Bochum, Der Rektor, Anlage 7 der 9. Kuratoriumssitzung am 13. März 1980, S. 4, in: AdsD 5/IGMA200572.

¹⁸ Vgl. die Angaben auf der Homepage der Gemeinsamen Arbeitsstelle: <<https://www.rubigm.ruhr-uni-bochum.de/rubigm/profil/team/index.html.de>> (26.06.2023).

der Wissenschaft im Rahmen gemeinsamer Projekte darauf abzielte, ihre interessengeleiteten Positionen nachhaltig wissenschaftlich zu überprüfen und zu fundieren.¹⁹

Ohne Zweifel ging es auch der IG Metall bei der Gründung des FIAB darum, wissenschaftliche Expertise für die eigene Bildungsarbeit zu generieren, die mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 an Bedeutung gewonnen hatte. So konnten die neu geschaffenen betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten nur genutzt werden, wenn die Betriebsratsmitglieder über das nötige Wissen verfügten. Die Nachfrage nach einer entsprechenden Schulung war enorm, sie verneunfachte sich allein zwischen 1972 und 1973. Bei der Entwicklung des „Sprockhöveler Modellseminars“ – benannt nach dem Bildungszentrum der IG Metall – griff die Gewerkschaft erstmals im Bildungsbereich auf wissenschaftliche Unterstützung zurück²⁰.

Und doch ist damit nur die eine Seite des gewerkschaftlichen Verhältnisses zur Wissenschaft erfasst. In den zeitgenössischen Äußerungen von Gewerkschaftsfunktionären findet sich auch ein anderer Blick auf die Forschung. So warnte Gerhard Leminsky, selbst promovierter Volkswirt, 1971 hinsichtlich des gesellschaftlichen Wandels: „Richtung und Inhalt der strukturellen Veränderungen werden auf lange Sicht von den Gruppen bestimmt, die die Prioritäten der Forschung setzen – bislang noch eindeutig und einseitig von der Industrie.“²¹ Diesen Gedanken führte Heinz Oskar Vetter in seiner Rede auf der FES-Tagung weiter, wenn er ausdrücklich von der „Wissenschaft als Herrschaftsmittel“ sprach, um sodann das Selbstverständnis der Hochschullehrer noch weiter zu erschüttern: „Hochschulen sind heute moderne Dienstleistungsbetriebe mit allen Konsequenzen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung.“ Entsprechend weitreichend fiel seine Forderung aus: Arbeitnehmer dürften nicht länger nur „Frage- bzw. Untersuchungsobjekt“ sein, es gelte vielmehr, sie als „selbständige und selbstbewusste Partner, die über Konzeptionen, Durchführung und Verwendung von Forschungen mitbestimmen wollen“, einzubeziehen²². Veters Ausführungen liefen auf die Erkenntnis hinaus, dass die Forschung ihre Perspektivengebundenheit nicht überwinden kann, selbst wenn sie methodisch sauber durchgeführt wird.

¹⁹ Wannöfel, Wissenschaft, S. 422. Vgl. zudem *ibid.*, S. 421.

²⁰ Vgl. Kurt Johansson, 15 Jahre gewerkschaftliche Arbeiterbildung in der IG Metall, in: BIK 6 (1987), S. 5–25, hier S. 6 f., 11.

²¹ Gerhard Leminsky, Gewerkschaftsreform und gesellschaftlicher Wandel, in: GMH 22–4 (1971), S. 194–201, hier S. 196.

²² Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Informationen, S. 3f. Hervorhebungen im zweiten Zitat gelöscht.

Der Wunsch der Gewerkschaften zielte im Grunde auf eine Sozialisierung der Wissenschaft ab, auch wenn diese Bezeichnung nicht ganz passend ist. Denn ein Zustand, in dem die Wissenschaft von gesellschaftlichen Normen und Interessen maßgeblich durchdrungen und gesteuert ist, stellte ja nicht das Ziel, sondern den Ausgangspunkt der gewerkschaftlichen Wissenschaftskritik dar. Die avisierte Veränderung richtete sich zunächst auf die Zusammensetzung des Akteurtableaus, das auf die Forschung Einfluss nehmen konnte, und letztlich auf die forschungsleitenden Werte, nicht aber darauf, den gesellschaftlichen Einfluss auf die Forschung zu beseitigen. Dieses Unterfangen war nun weniger Ausdruck gewerkschaftlicher Stärke als Schwäche, die aus einer veränderten Logik der Politik resultierte. Wiederum Leminsky hatte festgestellt: „Programme können wegen der komplexen und interdependenten Entwicklungen nur noch als zukunftsorientiert gelten, wenn sie wissenschaftlich fundiert sind.“²³ Dies drohte die Demokratie zu unterminieren, zumal, wie Peter Weingart betonte, „politische Forderungen und Entscheidungen mittels quasi-wissenschaftlicher Expertise legitimiert werden.“²⁴ Das bisherige Machtmittel der Gewerkschaften, nämlich der glaubhafte Anspruch, die Interessen der Mehrheit zu vertreten, drohte vor diesem Hintergrund nutzlos zu werden. Umso schlimmer war, dass von der Politik laut Weingart nun keineswegs wissenschaftsbasierte, also rationale und objektive Entscheidungen zu erwarten waren, vielmehr kam der Wissenschaft lediglich die Funktion zu, interessenbasierten Entscheidungen den Anschein der Wissenschaftlichkeit zu verleihen²⁵.

Betroffen waren die Gewerkschaften auch in ihrem Inneren, denn hier bestand die Gefahr, dass „durch [eine] angebliche ‚Verwissenschaftlichung der Politik‘ im Sinne einer ausschließlichen Beteiligung von wissenden Experten die Beauftragten ihre unwissenden Auftraggeber als überflüssig betrachten können“²⁶. Pikanterweise erhob Peter Scherer in seiner Zeit als Mitarbeiter der Bildungsabteilung der IG Metall diesen Vorwurf gegenüber den beiden Wissenschaftlern, die das Projekt „Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer als Gegenstand der Hochschulforschung“ für die Gewerkschaft bearbeiteten. Er empfahl Hans Preiss, der als Mitglied des IG Metall-Hauptvorstands das Bildungsressort verantwortete: „Die Autoren sollten darauf hingewiesen werden, daß es ihre Aufgabe ist, die Politik der Gewerkschaften mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung zu unterstützen, nicht aber sich selbst zur politischen Mittelinstanz aufzuschwingen.“²⁷

²³ Leminsky, Gewerkschaftsreform, S. 201.

²⁴ Weingart, Zukunft der Gewerkschaften, S. 235.

²⁵ Vgl. *ibid.*

²⁶ Günter Hartfiel, Zentralismus oder Föderalismus? Zur Problematik einer gewerkschaftsorganisatorischen Alternative, in: GMH 22–4 (1971), S. 215–218, hier S. 218.

²⁷ Peter Scherer an Kollegen Hans Preiss, 16. November 1976, S. 1f., in: AdSD 5/IGMA 200302.

Im Folgenden soll die These entwickelt werden, dass die IG Metall mit der Gründung des FIAB den Versuch verband, die Wissenschaft in ihrem Sinne zu sozialisieren. Dies würde jedenfalls erklären, weshalb die Gewerkschaft in diesem Zusammenhang bereit war, dem Arbeiterbegriff zu neuer Prominenz zu verhelfen. Man könnte zwar einwenden, dass der Arbeiterbegriff durch das Kompositum ‚Arbeiterbildung‘ abgeschwächt war, zumal es sich hierbei um einen stehenden, historisch gewachsenen Begriff handelte. Auch hatte Oskar Negt den Arbeiterbildungsbegriff erst in den 1960er Jahren explizit für die Bildungsarbeit der IG Metall aktualisiert. Und doch war die Umsetzung seines Konzepts unter Heinz Dürrbeck, dem Vorgänger von Preiss, und Hans Matthöfer auf beträchtlichen Widerstand innerhalb des Vorstands gestoßen. Eugen Loderer setzte diesem Experiment ein schnelles Ende, nachdem er Otto Brenner als Erster Vorsitzender der IG Metall nachgefolgt war²⁸. 1978 erschien immerhin noch ein Sammelband, der den Ertrag von Negts’ Konzept in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit evaluierte. Hier wurde deutlich, dass der Arbeiterbildungsbegriff noch immer an eine politische Agenda gebunden war, die nicht unbedingt auf der Linie des Hauptvorstands der IG Metall lag. Für Negt und Adolf Brock, einem ehemaligen Arbeiter und späteren „Arbeiterbildner“, lieferte der Freudomarxismus die entscheidenden Argumente für eine Beschäftigung mit der Arbeiterbildung. Ihrer Auffassung nach litten ‚Arbeiter‘ unter einem „falschen Bewusstsein“, wobei es letztlich gesellschaftliche Widersprüche waren, die sich im Individuum niederschlugen. Ausgangspunkt war hier folglich eine Pathologisierung der ‚Arbeiter‘, die sich aber pädagogisch heilen ließ, womit zugleich ein politisches Ziel verbunden war: Da jeder einzelne mit der „Totalität der Gesellschaft“ verstrickt war, sollte Arbeiterbildung zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft führen, da nur sie „Emanzipation“ verhieß²⁹.

Wenn sich die IG Metall nun dennoch wieder auf diesen heiklen Begriff einließ, hatte dies gute Gründe. Die Forderung, Arbeitnehmerbildung an der Universität zu etablieren, wäre zwar auch denkbar gewesen, doch konnte sie auch leicht ins Leere laufen. Denn die meisten Studierenden wechselten nach ihrem Hochschulabschluss in den Arbeitnehmerstatus, wie der DGB-Vorsitzende auf der FES-Tagung

28 Vgl. Müller, Gewerkschafter, Kap. VI sowie Adolf Brock, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in: ders./Hans Dieter Müller/Oskar Negt (Hrsg.), Arbeiterbildung, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 25–42.

29 Vor allem bei Brock blieb der Sozialismus als realistische Handlungsperspektive aktuell, während Negt in Marxismus und Psychoanalyse weiterhin valide theoretische Werkzeuge erblickte. Vgl. Adolf Brock, Arbeiterbildung – Lernen der Arbeiter für sich und für ihre Emanzipation, in: ders./Müller/Negt, Arbeiterbildung, S. 11–24, hier S. 18 sowie Oskar Negt, Marxismus und Arbeiterbildung – Kritische Anmerkungen zu meinen Kritikern, in: *ibid.*, S. 43–86, hier S. 46, 49, 65 ff.

selbst hervorgehoben hatte³⁰. In diesem Sinne betrieben die Hochschulen also schon längst selbst Arbeitnehmerbildung. Die IG Metall hätte jedoch auch auf ein anderes Thema setzen und beispielsweise die Schaffung eines Instituts für Arbeitswissenschaft vorantreiben können – die Idee für eine solche Einrichtung existierte bereits seit 1962, doch sie sollte erst 1985 realisiert werden³¹. Bei der Arbeitswissenschaft handelte es sich aber um ein Fachgebiet, auf dem die Arbeitgeber berechtigterweise ihre Beteiligung hätten einfordern können³². Die Arbeiterbildung war weit eher geeignet, exklusive gewerkschaftliche Ansprüche gegenüber der Wissenschaft geltend zu machen. Der ‚Arbeiter‘ erwies sich hier als eine politische Ressource, welche der Gewerkschaft die Erschließung neuer Felder ermöglichte.

Landesregierung

Als dritte Partei trug die Landesregierung wesentlich zur Gründung des FIAB bei, auch wenn die Idee nicht von ihr selbst stammte. Von entsprechenden Überlegungen hatte Johannes Rau 1978, noch als Wissenschaftsminister, in einer Sitzung des gemeinsamen Kuratoriums von IG Metall und RUB erfahren³³. Sein Amtsnachfolger Reimut Jochimsen maß dem Vorhaben dann eine solch hohe politische Bedeutung zu³⁴, dass er schon 1979 auf eine rasche Realisierung des Vorhabens drängte – nicht nur zur Freude der IG Metall. In einem internen Schreiben äußerte Hans Preiss etwa die Befürchtung: „Bei dieser Eile besteht die Gefahr, daß möglicherweise an unseren Intentionen vorbei etwas geschaffen wird, das sich unserer inhaltlichen Einflußnahme entzieht.“³⁵ Eile war aber geboten, um die Finanzierung des Forschungsinstituts im Rahmen des geplanten Ruhrgebietsprogramms sicherzustellen. Der Arbeiterbegriff erfuhr somit im Zuge einer Regionalisierung eine Aktualisie-

30 Vgl. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Informationen, S. 3.

31 Vgl. Wannöffel, Wissenschaft, S. 422.

32 Willfried Schaefer von der DGB-Abteilung Tarifpolitik hatte auch in diesem Zusammenhang auf die Gefahren einer zu starken Verwissenschaftlichung aufmerksam gemacht. Vgl. Martin Heiß, Abteilung Tarifpolitik, an Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, 9. Oktober 1974, Anlage: Willfried Schaefer, Abteilung Tarifpolitik, 1. Oktober 1974, S. 1, in: AdsD 5/DGCS000059.

33 Vgl. Hans Preiss, Vorlage für die Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder am 6. April 1981, Anlage: Abteilung Bildungswesen/Bildungspolitik, Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, o. D., S. 2, in: AdsD 5/IGMA200572.

34 Vgl. Becker, III B 1, Herrn Staatssekretär im Hause, Betr.: Gespräch mit Herr Borggräfe und Herrn OB Wolfram MdB betr. Landeseinrichtungen in Recklinghausen, Bezug: Schreiben der Stadt Recklinghausen vom 28. 6. 1979, 26. Juli 1979, S. 2, in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

35 Hans Preiss an Lothar Pinkall, 19. Juni 1979, in: AdsD 5/IGMA200572.

rung. Denn was der Arbeiterbildung in den Augen der Politiker Brisanz verlieh, war die Verortung der ‚Arbeiter‘ im Problemsyndrom Ruhrgebiet:

Dem notwendigen Wandel im wirtschaftlichen, konjunkturellen und innovativen Bereich kann sich keiner von uns entziehen. Er trifft jedoch in erster Linie – wie wir alle wissen – mit besonderer Härte und unmittelbar den Industriearbeiter. Deshalb muß auch die Hauptaufgabe darin bestehen, ihn auf die zu erwartenden Wandlungen vorzubereiten.³⁶

Damit war die Arbeiterbildung integral auf die Denkfigur des Strukturwandels bezogen³⁷. Wie auf den Bundesarbeiterkonferenzen singularisierte Jochimsen die ‚Arbeiter‘ als die besonders Betroffenen, doch für ihn schien sich daraus keine besondere epistemische Rolle der ‚Arbeiter‘ zu ergeben. ‚Arbeiter‘ waren die Objekte, für die etwas getan werden musste, die befähigt werden mussten. Eine andere Ausrichtung hatte Adolf H. Noll, Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Hannover und als solcher ein Kollege Oskar Negts, in seiner Konzeption dem Wissenschaftsministerium vorgeschlagen. Seiner Meinung nach konnte das künftige Institut für Arbeiterbildung „einen wichtigen Beitrag zur Analyse, Kritik und Innovation des industriellen Wandels im Ruhrgebiet“ leisten, sofern es „räumlich und inhaltlich eingebunden ist im Arbeits- und Lebenszusammenhang der Betroffenen.“³⁸ Die ‚Arbeiter‘ sollten hier als eine Quelle neuen Wissens fungieren, die es direkt vor Ort zu erschließen galt, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten.

Die beiden konträren Ansätze machten deutlich, dass die Rückbindung des neuen Forschungsinstituts an den Strukturwandel zwar mit einer Sozialisierung der Wissenschaft vereinbar sein konnte, aber nicht notwendig sein musste. Die Ziele des Ruhrgebietsprogramms ließen sich auch mit einem traditionellen Wissenschaftsverständnis erreichen. Dies schwächte die Position der IG Metall. Aber auch wenn die Konstellation zwischen Gewerkschaft, Universität und Landesregierung nicht frei von Friktionen war, erwiesen sich die Rahmenbedingungen für die Verknüpfung der Ressource ‚Arbeiter‘ mit dem wissenschaftlichen Feld Ende der 1970er Jahre als ähnlich günstig wie dies zu Beginn des Jahrzehnts bei den Arbeiterfilmen der Fall gewesen war. Wie damals öffneten sich etablierte, mit

³⁶ Stichworte für eine Ansprache des Ministers anlässlich der Gründung des Instituts für Arbeiterbildung in Recklinghausen am 30. April 1980, S. 4, in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 935 Nr. 11 Bd. 11.

³⁷ Vgl. Jan Kellershohn, *Die Politik der Anpassung. Arbeitswelt und Berufsbildung im Ruhrgebiet 1950–1980*, Wien/Köln 2022.

³⁸ Prof. Dr. A. H. Noll, Universität Hannover, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Konzeption eines Instituts für Arbeiterbildung, 5. September 1979, S. 1, in: AdSD 5/IGMA200572.

ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattete öffentliche Infrastrukturen den ‚Arbeitern‘.

9.1.2 Das FIAB zwischen Verwissenschaftlichung des Sozialen und Sozialisierung der Wissenschaft

Die Auseinandersetzungen zwischen den Hauptträgern des FIAB um eine Sozialisierung der Wissenschaft spielten sich auf verschiedenen Ebenen ab. Es betraf die Stellung des Instituts gegenüber der Universität, die Berufung des Direktors, die Eingruppierung der Mitarbeitenden und schließlich auch die Durchführung konkreter Forschungsprojekte.

Die Stellung des Instituts

Die Befürchtung von Hans Preiss, die Landesregierung könne Entscheidungen treffen, die den Interessen der Kooperationspartner IG Metall und RUB widersprachen, bewahrheitete sich früh. Die Landesregierung hatte sich nämlich darauf festgelegt, das FIAB als „ein Institut der Universität“ zu etablieren³⁹. Auf der einen Seite führte sie dafür pragmatische Gründe ins Feld, etwa die Notwendigkeit, durch Rückgriff auf bewährte Strukturen rasch alle Voraussetzungen zu schaffen, um das Vorhaben noch ins Ruhrgebietsprogramm integrieren zu können. Überdies sei die institutionelle Inkorporation des FIAB in die RUB angezeigt, da der Weiterbildung auch langfristig eine große Bedeutung als Forschungsschwerpunkt der Universität zugeschrieben wurde⁴⁰. Und schließlich wollte Reimut Jochimsen sicherstellen, dass das Institut „wissenschaftlich – zumindest in den ersten Jahren – nicht isoliert arbeite“⁴¹. Zweifellos hätte die vollständige Eingliederung des FIAB den großen Vorteil einer dauerhaft gesicherten Finanzierung geboten. Denn das Ruhrgebietsprogramm stellte nur für die ersten Jahre die notwendigen Mittel bereit, sodass die Frage der Anschlussfinanzierung schon bald präsent war⁴², zumal das Land ab 1980

39 Dr. Scheven, Abteilungsleiter III, Herrn Minister über Herrn Staatssekretär, Betr.: Errichtung eines Instituts für Arbeiterbildung, 12. September 1979, S. 5 (H. i. O.), in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

40 Ibid., S. 3.

41 Abteilungsleiter III, Dr. Scheven, Vermerk, Betr.: Besprechung mit Oberbürgermeister Wolfram, Recklinghausen am 24.9.1979, 28. September 1979, S. 1f., in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

42 R. J. [Reimut Jochimsen] an Adolf Schmidt MdB, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, 23. April 1980, Anlage: 1. Vermerk: Betr.: Institut für Arbeiterbildung; hier: Besprechung am 13.2.1980, S. 9, in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

einen Sparkurs einschlug⁴³. Auf der anderen Seite kam aber auch ein grundsätzliches Argument zum Tragen: „Ein Hochschulinstitut ist vermutlich besser geeignet, den Vorwurf ideologischer Bindungen bei der Forschungsarbeit abzuwehren und eine breitere Verwertung von künftigen Forschungsergebnissen zu gewährleisten.“⁴⁴ Auch der Regierung war offensichtlich bewusst, dass ein Institut für Arbeiterbildung in besonderem Maße dem Vorwurf einer interessengeleiteten Korrumpierung der Wissenschaft ausgesetzt sein würde.

Dieser Gedanke war auch für die Vertreter der RUB entscheidend, doch führte er sie zur strikten Ablehnung des Regierungsvorschlags. Mittelfristig waren sie zwar an einer Anbindung des FIAB als „An-Institut“ ihrer Universität interessiert, doch stellten sie es zunächst unter einen Bewährungsvorbehalt, denn es sollte „von seiner Qualität her einen guten Ruf erwerben“⁴⁵. Das Rektorat sicherte sich damit nicht nur gegen externe Kritik ab, vielmehr musste es starke Vorbehalte innerhalb der eigenen Reihen moderieren. So war bereits die Errichtung des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung auf entschiedenen „Widerstand der technisch-naturwissenschaftlichen Bereiche“ gestoßen, für eine weitere Institutsgründung „mit Schwergewicht auf Arbeitnehmerfragen“ sah das Rektorat keine Mehrheit in den universitären Gremien⁴⁶. Ein solcher Vorstoß drohte gar die Kooperation mit der IG Metall insgesamt zu gefährden. Selbst Knut Ipsen, der als Rektor der RUB von 1979 bis 1989 das FIAB mitprägen sollte, positionierte sich als ein entschiedener Gegner des Regierungsvorschlags:

Er macht geltend, entweder werde die Gewerkschaft keinen bestimmenden Einfluß auf das Institut gewinnen – dann sei das Institut für die Gewerkschaft uninteressant – oder der Gewerkschaft werde ein inhaltlicher Einfluß auf das Institut eingeräumt – dann sei dies als eine Art Fremdbestimmung für die Universität nicht akzeptabel und hochschulrechtlich unzulässig.⁴⁷

Mit dieser Einschätzung lag Ipsen nicht falsch, denn tatsächlich erklärte auch die IG Metall, kein Interesse am FIAB zu haben, sollte es vollständig in die Universität integriert werden⁴⁸.

⁴³ Vgl. Führer, Gewerkschaftsmacht, S. 540.

⁴⁴ Dr. Scheven, Errichtung eines Instituts für Arbeiterbildung, 12. September 1979, S. 4.

⁴⁵ Anlage: 1. Vermerk: Betr.: Institut für Arbeiterbildung; hier: Besprechung am 13.2.1980, S. 3.

⁴⁶ Dr. Scheven, Errichtung eines Instituts für Arbeiterbildung, 12. September 1979, S. 2 f.

⁴⁷ Ibid., S. 3.

⁴⁸ Vgl. ibid., S. 2.

Letztlich setzten sich IG Metall und RUB mit ihrer Position durch. Das Institut wurde in die freie Trägerschaft eines Vereins gegeben⁴⁹, an dem sich neben den drei Partnern noch weitere Institutionen beteiligten. Ironischerweise befand sich das FIAB nun in einer Position des Dazwischen, aus der es sich durch den Erwerb wissenschaftlichen Kapitals befreien sollte – es hatte das Schicksal der ‚Arbeiter‘ nun gleichsam institutionalisiert. Zugleich erinnert dieses Modell an die Produktion der Arbeiterfilme, denn auch hier verzichteten die Sendeanstalten in der Regel darauf, die Filme in Eigenregie zu realisieren. Auch entsprach die gefundene Lösung tatsächlich dem Geist des Kooperationsabkommens⁵⁰, denn es ermöglichte beiden Partnern gleichberechtigte Mitsprache auf neutralem Grund. Einen Haken hatte die Sache jedoch. Es war keine Dauerlösung, da die formale Anbindung des FIAB an die RUB in Form eines An-Instituts schon mittelfristig vorgesehen war. Auch das Kabinett hatte sich am 11. September 1979 zu diesem Ziel bekannt⁵¹. Ende 1986 stimmte der Senat der RUB der Eingliederung des FIAB zu⁵². Dies bedeutete aber, dass das Grunddilemma zwischen Wissenschaftsfreiheit und Anspruch auf Mitbestimmung früher oder später wieder akut werden musste.

Die Berufung eines Institutsdirektors

Tatsächlich entbrannten bald Grabenkämpfe um die Besetzung des Direktorenpostens. Eigentlich hatte Lothar Pinkall, ein führender Mitarbeiter der Bildungsabteilung der IG Metall, die Devise ausgegeben, der Kandidat müsse über die „doppelte Akzeptanz“ von Gewerkschaft und Universität verfügen⁵³. Das hatte seinen Vorgesetzten Hans Preiss nicht davon abgehalten, schon im Februar 1980 persönlich beim Wissenschaftsminister zu antichambrieren:

Für die wissenschaftliche Leitung möchten wir Dir – und zunächst nur Dir! – einen IG Metall-Kollegen vorschlagen, der, wie wir meinen, alle Voraussetzungen für diese Funktion mitbringt. Es ist der Kollege Kurt Johannson [...].⁵⁴

⁴⁹ Zur entsprechenden Forderung vgl. Becker, III B 1 – 6222/031, Herrn Minister a. d.D. vorgelegt, Betr.: Institut für Arbeiterbildung; hier: Gespräch mit Oberbürgermeister Wolfram, Stadt Recklinghausen, am 24.9.1979, 21. September 1979, S. 2f., in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

⁵⁰ Vgl. *ibid.*

⁵¹ Dr. Scheven, Errichtung eines Instituts für Arbeiterbildung, 12. September 1979, S. 6.

⁵² Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 12. Vorstandssitzung, 14. November 1986, S. 1, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

⁵³ Anlage: 1. Vermerk: Betr.: Institut für Arbeiterbildung; hier: Besprechung am 13.2.1980, S. 4.

⁵⁴ Hans Preiss an Herrn Minister Prof. Dr. Reimut Jochimsen, 11. Februar 1980, in: AdSD 5/IG-MA200572.

Auf Seiten der Universität waren es der Rektor Knut Ipsen und der Theologe Günter Brakelmann, die Ansprüche formulierten. Sie bestanden, explizit unter Verweis auf die zukünftige Angliederung des FIAB an die RUB, darauf, dass das „Kriterium für Stellenbesetzungen das eines der Hochschule vergleichbaren wissenschaftlichen Standards sein muß“⁵⁵. Ipsen versuchte den Vorstoß der IG Metall zu kontern, indem er seinerseits Fakten schaffen wollte. Er trug Brakelmann kurzerhand die „kommissarische Leitung“ des Instituts an, das zu diesem Zeitpunkt lediglich auf dem Papier existierte⁵⁶. Ende 1980 legten beide Parteien dann die Karten auf den Tisch. Handschriftlich hielt wahrscheinlich Hans Preiss die wesentlichen Punkte seines Telefonats mit Günter Brakelmann fest: „Rektor spielt nicht mit (will vorher informiert werden).“ Weiter: „Rektor kein Vertrauen in K. J. wegen mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation“. Und schließlich: „B. sieht handfesten Konflikt bei der Koop. Uni/IGM auf uns zu kommen [sic!]“.⁵⁷

Aus rein akademischer Sicht war die Kritik an Kurt Johannson nachvollziehbar. Ohne Promotion war er als Diplom-Soziologe im universitären Mittelbau zu verorten. Diesen Status hatte er zudem über den zweiten Bildungsweg erreicht, was sein Prestige zwar unter Gewerkschaftern, aber nicht unbedingt auch unter Akademikern zu steigern vermochte. Noch dazu hatte er sich in der Auseinandersetzung um die Weiterbildung von Betriebsräten mit mehreren Publikationen exponiert⁵⁸. Politisch war er in diesem Sinne vorbelastet. Andererseits hatte Johannson im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Arbeit immer wieder projektbezogen mit Wissenschaftlern kooperiert⁵⁹ und die wissenschaftliche Begleituntersuchung des Sprockhöveler Modellseminars verantwortet⁶⁰. Dennoch stand er auch in der Bildungsabteilung der IG Metall nicht in der ersten Reihe. Da die meisten der übrigen zehn Bewerberinnen und Bewerber für den Posten des FIAB-Direktors in akademischer Hinsicht qualifizierter waren⁶¹, musste die IG Metall auf eine Relativierung der Validität wissenschaftlicher Kriterien hinwirken. Hier kam ihr nun der ‚Arbeiter‘ zupass. In einer internen „Argu-Kette“ für das Gespräch mit dem RUB-Rektor hieß es: „Die bekannte ‚Bildungsferne‘ der Industriearbeiter ist zugleich geprägt von

55 Ruhr-Universität Bochum, Der Rektor, Protokollauszug der 21./VI. Rektoratssitzung vom 28. April 1980, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

56 Vgl. Günter Brakelmann an Hans Preiss, 31. Oktober 1980, S. 1, in: AdsD 5/IGMA200572.

57 O. V. [Hans Preiss?], Handschriftliche Notiz, o. D. [Ende 1980], in: AdsD 5/IGMA200572.

58 Vgl. Kurt Johannson, Anpassung als Prinzip, in: GMH 28–5 (1977), S. 302–309.

59 Vgl. Kurt Johannson an A. Benschoop, Universiteit van Amsterdam, 16. Mai 1977, in: AdsD 5/IGMA200179. Er wurde auch immer wieder von Hochschulen als Referent angefragt. Vgl. etwa: Dr. Horst W. Hartwich, Leiter des Universitäts-Aussenamtes, Freie Universität Berlin, an Kurt Johannson, 10. Mai 1979, in: AdsD 5/IGMA200044.

60 Vgl. Tabelle mit Bewerbern, o. D., [S. 6], in: AdsD 5/IGMA200572.

61 Vgl. *ibid.*

einem starken Mißtrauen gegenüber akademischer u. intellektueller Besser-Wiserei“. Auch sei die Tatsache, dass die Arbeiterbildung vor allem von Gewerkschaften getragen werde, stärker zu gewichten. „Das bedeutet: Der Leiter des Instituts muß vor allem akzeptiert werden auf der Ebene der Zielgruppen“⁶². Bedenkt man die propagierten Verständigungsschwierigkeiten zwischen Gewerkschaften und Hochschulen, waren diese Argumente durchaus angemessen. Kurt Johannson befand sich sicherlich nicht im Zentrum des wissenschaftlichen Feldes, doch gerade seine periphere Position qualifizierte ihn als Übersetzer, weil er in der Peripherie naturgemäß in einem Überschneidungsbereich agierte.

Zur Entscheidung sollte es am 2. Dezember 1980 kommen. Noch einen Tag zuvor hatte das Rektorat seine eigene Verhandlungsposition durch die Forderung nach einer Neuausschreibung der Stelle gestärkt⁶³. Der Showdown blieb aber aus. Einen Tag später einigten sich die Kontrahenten auf eine salomonische Lösung: Sie änderten schlicht die Satzung, um die Leitung des FIAB „zwei gleichberechtigten Institutsdirektoren“ anvertrauen zu können⁶⁴. Im Januar 1981 wurden Kurt Johannson und Günter Brakelmann einstimmig als Institutsdirektoren gewählt⁶⁵. Die IG Metall hatte ihren Kandidaten zwar durchgesetzt, doch in ihrem Sinne sozialisiert hatte sie die Wissenschaft damit nicht. Vielmehr war Johannsons Stellung von Beginn an geschwächt, nachdem ihm die RUB-Vertreter die Ebenbürtigkeit abgesprochen hatten. Die Hürden für einen Außenseiter, sich mithilfe der Ressource ‚Arbeiter‘ zu etablieren, waren im Wissenschaftsbetrieb deutlich höher als in der Filmbranche. Hinzu kam ein weiterer Faktor: Die Satzung des Trägervereins räumte dem Vorstand, dessen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden Universität und Gewerkschaft immer im zweijährigen Wechsel stellten, viel Macht ein⁶⁶. Im Endeffekt, so hatten die beiden Geschichtsprofessoren Hans Mommsen und Dietmar Petzina schon im Vorfeld auf einer Sitzung des RUB/IGM-Kuratoriums kritisiert, könne der FIAB-Direktor „mit seiner geringen Kompetenz kaum die for-

62 O. V., Handschriftliche Notiz, o. D. [1980], S. 2, 1 (H. i. O.), in: AdsD 5/IGMA200572.

63 Ruhr-Universität Bochum, Der Rektor, Protokollauszug der 40./VI. Rektoratssitzung vom 1. Dezember 1980, S. 2, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

64 Ruhr-Universität Bochum, Der Rektor, Protokollauszug der 42./VI. Rektoratssitzung vom 15. Dezember 1980, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93. Zur Debatte um die Besetzung und Ausgestaltung der Institutsdirektion vgl. FIAB e. V., Protokoll über die erste Vorstandssitzung, 2. Dezember 1980, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94. Zur Satzungsänderung vgl. FIAB e. V., Protokoll über die zweite Vorstandssitzung, 27. Januar 1981, S. 1, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

65 Lothar Pinkall an Hans Preiss, 28. Januar 1981, in: AdsD 5/IGMA200572.

66 Vgl. Satzung Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., 30. April 1980, § 8 Ziffer 2, § 9 Ziffer 1, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

schungsmotivierenden Perspektiven für das Institut entwickeln“⁶⁷. Diese Schwächung ihres Mannes nahm die IG Metall jedoch in Kauf, ging es doch um die satzungsrechtliche Absicherung ihres eigenen Einflusses.

In welch konventionellen Bahnen sich die Organisationsstruktur des FIAB bewegte, verdeutlicht ein Vergleich mit den konzeptionellen Überlegungen, die Adolf Noll angestellt hatte. Um die dem Institut von ihm zugedachten Aufgaben erfüllen zu können, hielt Noll eine Orientierung „an den gesicherten Erfahrungen der qualifizierten Mitbestimmung“ für unerlässlich. Er schlug daher eine „kollektive Arbeitsorganisation“ vor, „in der z. B. Wissenschaft, Verwaltung und Personal durch je einen Vertreter in der kollektiven Leitung des Instituts repräsentiert sind.“⁶⁸ Zumindest die wissenschaftlichen Mitarbeiter dürften tatsächlich über eine vergleichsweise starke Position verfügt haben, wenn auch dies nicht so vorgesehen war. Denn Brakelmann hatte der IG Metall mit Blick auf Kurt Johannsons Berufung im Vertrauen mitgeteilt: „Ich könnte mir denken, daß eine hochqualifizierte Mitarbeiterschaft einige Bedenken von seiten der Universität relativiert.“⁶⁹ Bei der Auswahl der übrigen vier festangestellten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde auf formale wissenschaftliche Qualifikation geachtet. Drei von ihnen konnten nicht nur einen Dokortitel vorweisen, sondern warben damit, kurz vor dem Abschluss des jeweiligen Habilitationsprojekts zu stehen⁷⁰. 1988 schloss Kurt Johannson diese Qualifikationslücke dank seiner an der Universität Bremen eingereichten Doktorarbeit über das Sprockhöveler Modellprojekt⁷¹. Dies deutet darauf hin, dass mit der Zeit das Pendel immer stärker in Richtung einer Verwissenschaftlichung des Sozialen ausgeschlagen war.

Die Eingruppierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Aus Sicht der Vertreter der Wissenschaft gelang Kurt Johannson mit seiner Berufung zum FIAB-Direktor womöglich ein gesellschaftlicher Aufstieg. Die Ironie der Geschichte war aber, dass es sich für ihn finanziell nicht auszahlte. Im Gegenteil. Kaum im Amt, musste sich Johannson mit der Bitte um eine Gehaltszulage an Hans

⁶⁷ Weigmann an die Herren Mitglieder des Kuratoriums RUB/IGM, 23. Juni 1980, Anlage: Protokoll 9. Sitzung des Kuratoriums, S. 4, in: AdsD 5/IGMA 200504.

⁶⁸ Noll, Konzeption eines Instituts für Arbeiterbildung, S. 5.

⁶⁹ Brakelmann an Hans Preiss, 31. Oktober 1980, S. 2.

⁷⁰ Vgl. H.-H. Weigmann an das Dezernat für Personalangelegenheiten z. Hd. Herrn RAR Volmer, 10. Juni 1981, samt der Anlagen zur Eingruppierung, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

⁷¹ Vgl. Kurt Johannson, Interessenvertretung im Lernprozess. Das „Sprockhöveler Modellseminar“. Möglichkeiten und Grenzen konzeptioneller Planung von Lernprozessen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Köln 1990.

Preiss wenden, um keine finanziellen Nachteile aus seinem Wechsel zu erleiden⁷². Hans Preiss trug diese Bitte Reimut Jochimsen vor, wobei er den Fehlbetrag auf immerhin 500 DM pro Monat bezifferte⁷³. Dieses Problem betraf jedoch nicht nur Johannson, denn auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter sollten von ihrer Zusatzqualifikation – Erfahrungen in der Arbeiterbildung waren auch für sie ein Einstellungskriterium gewesen⁷⁴ – materiell profitieren.

Die folgenden Verhandlungen mit dem Ministerium zogen sich über ein Jahr hin. Nach anfänglich positiven Signalen⁷⁵ erfolgte im September 1981 die Ernüchterung. Gegenüber dem neuen Wissenschaftsminister Hans Schwier beschwerten sich Knut Ipsen und Hans Preiss daraufhin, „daß die besondere Situation und Bedeutung dieses Institutes in Ihrem Hause nicht erkannt wird, denn allzu sehr wird dort die Vergleichbarkeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen gesucht.“ Stattdessen forderten sie vergeblich, „andere Maßstäbe anzulegen, wobei Bedingungen der Gewerkschaften ebenso heranzuziehen sind wie solche des Wissenschaftsbetriebes.“⁷⁶

Hatte sich das FIAB in der Gründungsphase noch der Unterstützung der Landesregierung gewiss sein können, so begannen in der Implementierungsphase bürokratische Mechanismen zu greifen⁷⁷, wobei sich auch der Wechsel an der Ministeriumsspitze bemerkbar machte⁷⁸. Und eine Sozialisierung der Wissenschaft im Sinne einer Anerkennung gewerkschaftlicher Qualifikationen war in den einschlägigen Paragraphen schlicht nicht vorgesehen. Überdies weigerte sich das Ministerium schließlich auch, sich auf „eine ‚sinngemäße‘ Anwendung“ einzulassen. Für das FIAB-Personal bedeutete dies nicht nur eine Abgruppierung, sondern es musste auch bereits erhaltene Gehaltsbestandteile wieder zurückerstatten⁷⁹. Nicht alle ließen sich das gefallen, neben einer Kündigung stand Kurt Johannson eine weitere Herausforderung ins Haus, „die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Problemen der Eingruppierung steht: die Wahl eines Betriebsobmannes (-frau) ist

72 Vgl. Kurt Johannson an Hans Preiss, 16. Februar 1981, S. 1, in: AdsD 5/IGMA200572.

73 Hans Preiss an den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, Herrn Hans Schwier, 23. Februar 1981, in: AdsD 5/IGMA200572.

74 Vgl. o. V., Die Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung, in: BIK 1 (1982), S. 8–10.

75 Vgl. Kurt Johannson, Protokoll über die Besprechung mit Prof. Ipsen am 19.06.81 im Wissenschaftsministerium in Düsseldorf, 27.05. [sic!] 81, S. 1–3 sowie ders. an Hans Preiss, 3. Juni 1981, S. 1, beide in: AdsD 5/IGMA200572.

76 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Prof. Dr. Knut Ipsen und Hans Preiss, an Hans Schwier, Minister für Wissenschaft und Forschung, September 1981, Entwurf, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 95.

77 Vgl. Kurt Johannson an Hans Preiss, 23. Oktober 1981, in: AdsD 5/IGMA200571.

78 Vgl. ders. an Hans Preiss, 4. Juni 1982, S. 2, in: AdsD 5/IGMA200570.

79 Ders. an Hans Preiss, 20. April 1982, S. 1, in: AdsD 5/IGMA200571.

eingeleitet.“⁸⁰ Auch wenn er als Gewerkschafter dagegen kaum etwas einwenden konnte, kam es doch einem Misstrauensvotum gleich. Den Mitarbeitern, die alle viel stärker im wissenschaftlichen als im gewerkschaftlichen Feld verankert waren, bot sich dank der betrieblichen Mitbestimmung nun die Möglichkeit, den Einfluss des Gewerkschafters auf die Wissenschaft einzuschränken. Bei der Frage der Eingruppierung war die Sozialisierung der Wissenschaft folglich auf ganzer Linie gescheitert.

Forschungsthemen

Die Frage, ob die IG Metall die Wissenschaft in ihrem Sinne zu sozialisieren vermochte, entschied sich letztlich in der autonomen Setzung von Forschungsthemen. Das FIAB bot hierfür gute Ansätze, wie Günter Brakelmann feststellte: „Angesichts der üblichen Interessenbindungen im bundesdeutschen Forschungsbetrieb, die den unternehmerischen Erwartungen weit mehr Geltung verschaffen als gewerkschaftliche Fragestellungen, stellt das ‚Forschungsinstitut für Arbeiterbildung‘ eine Neuheit dar.“⁸¹ Selbst das Wissenschaftsministerium hatte 1979, also noch unter der Leitung von Reimut Jochimsen, anerkannt, dass Arbeiterbildung „wesentlich politische Bildung“ ist. Schon damals nahm der Ministeriumsmitarbeiter jedoch an „Formulierungen wie ‚Wissenschaft im Arbeiterinteresse‘, ‚wissenschaftliches Wissen im Interesse der Arbeitnehmer auswerten‘“ Anstoß, da er Vorwürfe von Seiten der Unternehmen befürchtete⁸². Im Landtag war der Beschluss zur Gründung des FIAB dann aber einstimmig gefallen⁸³, was dem Institut einen gewissen Spielraum verlieh. Wichtiger war vielleicht noch, dass der Vorstand, der über den Forschungsplan zu entscheiden hatte, gegnerfrei war. Neben dem Institutsdirektor, der IG Metall und der RUB waren dort in den ersten Jahren das Land, die Stadt Recklinghausen und der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen vertreten – aber keine Unternehmer oder Arbeitgeberverbände⁸⁴. Letzteres wollte der Wis-

⁸⁰ Ders., Bericht der Institutsdirektion [zur Vorstandssitzung am 30.4.1982], S. 6, in: AdsD 5/IG-MA200570.

⁸¹ Günter Brakelmann, Hans Preiss an den Vorsitzenden der Hans-Böckler-Stiftung, Heinz-Oskar [sic!] Vetter, 27. Januar 1981, S. 1, in: AdsD 5/IGMA200572.

⁸² Kreiterling, II C – 109 – 179, Vermerk, Betr.: Schaffung eines „Instituts für Arbeiterbildung“ an der Ruhr-Universität Bochum, Bezug: Schreiben III B 1 vom 23.5.79 und Besprechung mit RD Feldhaus am 8.6.79, 8. Juni 1979, S. 1, 3, in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

⁸³ Vgl. Eugen Loderer an die Mitglieder des Kuratoriums Ruhr-Universität Bochum / IG Metall, 12. November 1980, Anlage 1: Protokoll der Gründungsversammlung zur Bildung des Trägervereins „Forschungsinstitut Arbeiterbildung e. V.“, S. 6, in: AdsD 5/IGMA200504.

⁸⁴ Vgl. Satzung, 30. April 1980, § 8 Ziffer 1 a, § 9 Ziffer 1 b.

senschaftsminister laut einer Protokollnotiz jedoch nur „für eine Zeit von etwa 5–6 Jahre[n] hin[nehmen]“, danach „müsse offen darüber nachgedacht werden“⁸⁵.

Die Probe aufs Exempel, in welchem Umfang die Gewerkschaften „Arbeitnehmerinteressen“ in die Forschung einbringen konnten, machte die IG Metall 1983/4. Als Flankierung ihres Kampfes um die 35-Stunden-Woche hatte sie das FIAB beauftragt, eine Umfrageaktion unter den Beschäftigten der Metallindustrie wissenschaftlich zu begleiten⁸⁶. Laut dem Forschungsbericht des FIAB sollte die Umfrage „zur Vorbereitung der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag [...] leisten“ und diene somit „vor allem dem Zweck [...], die Gewerkschaftsmitglieder für eine gewerkschaftliche Forderung zu aktivieren.“⁸⁷ Mit diesem Vorhaben bewegte sich das FIAB im Rahmen, den der Trägerverein in Form einer „Aufgabenbeschreibung“ unmittelbar nach seiner Gründung abgesteckt hatte. Nicht als „ein“, sondern als „das Ziel“ definierte der Verein, „die individuelle und kollektive Partizipationsfähigkeit der Arbeiter an den politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen in der Gesellschaft zu stärken.“⁸⁸ Das ausschließlich mit Wissenschaftlern besetzte Kuratorium des FIAB erhob keine Einwände, ein Mitglied lobte gar den „immanente[n] Interessenbezug“ und die „Parteinahme“ des Vorhabens⁸⁹. Wenn Knut Ipsen nun versicherte, nichts gegen die Behandlung politisch umstrittener Fragen zu haben, das Projekt aber wegen seiner mangelhaften „Wissenschaftlichkeit“ angriff⁹⁰, so lief seine Kritik letztlich ins Leere. Wie Kurt Johannson in der Institutszeitschrift dargelegt hatte, zielte das Projekt auf „Massenbildung“ ab, die Umfrage selbst war Mittel zum Zweck und diene „erst in zweiter Linie der Ermittlung von Einstellungshäufigkeiten.“⁹¹ Auf entschiedenen Widerstand stieß die geplante Umfrage jedoch im Ministerium. Von dort kam der Bescheid:

Da bei dem Projekt die Aktivierung der Gewerkschaftsmitglieder für eine gewerkschaftliche Forderung im Vordergrund stehe, die in den Bereich der Tarifautonomie falle, sei – ohne

85 Anlage: 1. Vermerk: Betr.: Institut für Arbeiterbildung; hier: Besprechung am 13.2.1980, S. 7

86 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die sechste Vorstandssitzung, 29. April 1983, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

87 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Forschungsbericht 1983, Oktober 1983, S. 20, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

88 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Aufgabenbeschreibung, S. 1, o. D. [1980], in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

89 Kuratorium des Forschungsinstitutes für Arbeiterbildung, Protokoll der 2. Sitzung des Kuratoriums am 01.02.1984, S. 3–5 (Zitate auf S. 4), in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

90 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die siebte Vorstandssitzung, 9. Dezember 1983, S. 3f., in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

91 Kurt Johannson, Technologischer Wandel und Arbeiterbildung, in: BIK 3 (1983), S. 1–13, hier S. 11.

Rücksicht auf die politische Beurteilung – Zurückhaltung des Staates geboten. Deswegen sei es untunlich, daß ein Institut, das zu 80 % aus staatlichen Mitteln gefördert werde, ein solches Vorhaben in seinen Forschungsplan aufnehme und zu einem Teil mitfinanziere. Schon der Anschein einer staatlichen Parteinahme für eine der Tarifautonomie unterliegende Forderung sei zu vermeiden.⁹²

Interessanterweise griff die Universität diese Vorlage nicht auf. Im Gegenteil, sie sprang für die IG Metall in die Bresche, wenn auch nicht unbedingt mit den richtigen Argumenten. Denn Günter Brakelmann verwies lediglich darauf, dass am Projekt kein FIAB-Mitarbeiter „unmittelbar“ beteiligt sei⁹³. Damit war nicht die Validität des vom Ministerium vorgetragenen Arguments bestritten, sondern nur dessen Relevanz im vorliegenden Fall. Auch fand die Auswertung der Umfrage in den geographisch weit entfernten Räumen der IG Metall in Frankfurt statt, doch fungierte Kurt Johannson gleichzeitig als „Leiter der Projektgruppe und des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung“, wie in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau zu lesen war. Immerhin ließ sich Johannson dort mit den Worten zitieren, nur vier Betriebe hätten die Umfrageaktion untersagt, was man als Beleg für die Wissenschaftlichkeit des Projekts deuten konnte. Dieser Interpretation schob die Autorin mit einer rhetorischen Frage, die auf die „Brisanz“ der Umfrage abzielte, allerdings gleich wieder einen Riegel vor⁹⁴. Eine andere Verteidigungsstrategie gegen den Vorbehalt des Ministeriums hatte der Vertreter der Stadt Recklinghausen gewählt. Laut Protokoll problematisierte er die Neutralitätsbehauptung des Staates: „Eine derartige Definition der Rolle des Staates müsse im Bereich von Kultur und Wissenschaft verhängnisvoll sein, da sie deren Freiheit – als Konsequenz staatlicher Finanzierung – völlig in Frage stelle.“⁹⁵ In die gleiche Kerbe schlug Hans Preiss in einem Schreiben an das Ministerium:

Wie Sie den Unterlagen der Gründungsphase des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung e.V. entnehmen können, erfolgte die starke gewerkschaftliche Beteiligung gerade in der Hoffnung, daß hier eine Forschungseinrichtung entstehe, die jenseits aller Ideologie von der sogenannten Objektivität der Wissenschaft ihre Tätigkeit interessenorientiert und kooperativ gestaltet.

92 Der Minister für Wissenschaft und Forschung an den Geschäftsführenden Vorstand des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung e. V. Herrn Hans Preiss, 12. April 1984, S. 2, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

93 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die achte Vorstandssitzung, 13. April 1984, S. 7, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

94 Jutta Roitsch, Nur in vier Firmen gab es ein Verbot, in: Frankfurter Rundschau, 2. Dezember 1983, o. S., in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

95 FIAB, Protokoll, 13. April 1984, S. 7.

Nicht Neutralität war angezielt, sondern Parteinahme. In dieser Absicht waren wir uns mit dem Land NRW, vertreten durch seinen Wissenschaftsminister einig.⁹⁶

Das Projekt wurde schließlich durchgeführt⁹⁷, die IG Metall konnte ihre Interessen wahren. Doch zeigte der Widerstand aus dem Ministerium, dass auch hier der ursprüngliche Konsens nicht mehr vorhanden war. Immerhin hatten sowohl die Kuratoriumsmitglieder als auch die Vertreter der RUB die Gewerkschaft unterstützt. Ohne diese Flankierung wäre ein Erfolg der IG Metall zweifelhaft gewesen. Hierbei dürften mehrere Punkte eine Rolle gespielt haben: Das FIAB befand sich zu diesem Zeitpunkt in freier Trägerschaft und war folglich institutionell noch nicht an die RUB gebunden. Dies aber sollte sich bald ändern, und dies konnte sich auf die Position des Rektors auswirken. In eben diesem Zusammenhang hatte Knut Ipsen beispielsweise den von Oskar Negt im Kuratorium verwendeten Begriff der „Parteilichkeit“ kritisiert. Er wollte ihn durch den „weniger mißverständlich[en]“ Ausdruck „Parteinahme“ ersetzt wissen⁹⁸. Seine Intervention war erfolgreich, denn wenige Wochen später griff auch Hans Preiss in seiner Antwort ans Ministerium auf ebendiesen Begriff zurück. Ein zweiter Grund, der für die Unterstützung des Umfrageprojekts durch die RUB in Betracht zu ziehen ist, betrifft die Wissenschaftsfreiheit. Es ging mithin darum, gemeinsam mit der IG Metall einen staatlichen Übergriff abzuwehren. Diese Koalition hatte sich bereits bei der Frage, ob das FIAB ein vollwertiges Universitätsinstitut werden solle, bewährt. Zum Dritten war die Arbeitszeitfrage damals die politische Hauptforderung der Gewerkschaft, so dass sich die RUB gerade in dieser Frage kaum gegen ihren Kooperationspartner stellen konnte. Schon 1982 hatte Hans Preiss bei einer Auseinandersetzung um die Finanzierung des FIAB gegenüber dem Vorstand die roten Linien der Gewerkschaft deutlich gemacht: „Wenn nun aber die administrativen Schwierigkeiten so groß werden, daß das Institut nicht mehr zum arbeiten [sic!] komme, dann solle man sich von diesem Institut verabschieden.“ Auch in diesem Zusammenhang hatte er explizit auf den klaren politischen Auftrag verwiesen, der dem FIAB mit seiner Gründung auf den Weg gegeben worden sei⁹⁹.

Die Sozialisierung der Wissenschaft war bei der Frage der Forschungsthemen zwar nicht gescheitert, doch ebenso wenig war sie gelungen. Die Unterstützung der

96 Hans Preiss an den Herrn Staatssekretär Dr. Konow, Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, 15. Mai 1984, S. 1, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

97 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Forschungsbericht 1985/86, November 1985, S. 7–9, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

98 Vgl. FIAB, Protokoll, 13. April 1984, S. 5 sowie Kuratorium FIAB, Protokoll, 1.2.1984, S. 4.

99 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die vierte Vorstandssitzung, 30. April 1982, S. 2, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

IG Metall durch die RUB war bestenfalls halbherzig, während das Ministerium sich eindeutig gegen die Gewerkschaft positioniert hatte. Keine fünf Jahre nach Gründung des FIAB zeigte sich bereits, auf welcher fragilen Grundlage die Forschung im Arbeiterinteresse eigentlich ruhte. Dies wurde nur dadurch übertüncht, dass das Gros der bearbeiteten Themen weit weniger kontrovers war. Ein späteres Arbeitsvorhaben, das unmittelbar den Interessen der IG Metall diene, drehte sich um die Organisationsarbeit im Angestelltenbereich¹⁰⁰. Weil dieses Thema aber keine unmittelbare tarifpolitische Relevanz besaß und folglich die Interessen der Arbeitgeberseite nicht tangierte, taugte es nicht zum Politikum.

9.2 Das FIAB und die Entkernung der Arbeiterbildung

Spätestens Mitte der 1980er Jahre war klar, dass sich das FIAB als ein An-Institut der RUB den wissenschaftlichen Spielregeln unterwerfen musste. Seine Sonderstellung konnte es kaum mehr geltend machen, zumal 1987 auch das Wissenschaftsministerium aus dem Vorstand des Trägervereins ausschied¹⁰¹. Als nunmehr gewöhnliches geistes- und gesellschaftswissenschaftliches Institut geriet das FIAB gegen Ende der 1980er Jahre in den Sog der neuausgerichteten Wissenschaftspolitik, die auf eine Stärkung der MINT-Fächer abzielte. Als sich 1986 die Gründung des „Instituts Arbeit und Technik“ abzeichnete, nahm dies der FIAB-Vorstand durchaus als Bedrohung für die eigene Fortexistenz wahr¹⁰². Als Reaktion darauf brachte Knut Ipsen eine grundlegende Neuausrichtung des FIAB ins Spiel. Laut Protokoll der Vorstandssitzung schwebte ihm für das FIAB „eine zentrale Funktion in der Formulierung von Forschungsfragestellungen, die für die Gewerkschaften relevant sind“, vor. Er betonte, dass er dabei „nicht nur an den sozialwissenschaftlich-/geisteswissenschaftlichen Bereich, sondern auch an die Ingenieurwissenschaften denke.“¹⁰³ Allerdings stieß er damit bei den Angestellten des FIAB auf Skepsis. So äußerte Bernd Faulenbach Zweifel an „eine[r] umfassende[n] Mittlerfunktion für gemeinsame Forschung“, da die Personaldecke zu dünn sei. „Die zentrale Aufgabe

¹⁰⁰ Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Forschungsbericht 1987, Forschungsplan 1988, Oktober 1987, S. 6, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

¹⁰¹ Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 13. Vorstandssitzung, 10. April 1987, S. 8, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

¹⁰² Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 11. Vorstandssitzung, 11. April 1986, S. 5f., in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

¹⁰³ Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 14. Vorstandssitzung, 27. November 1987, S. 2f., in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

des FIAB müsse doch wohl Forschungsarbeit sein, die einen Bezug zur Arbeiterbildung aufweise.“¹⁰⁴

Diese Episode zeigt zweierlei: Offensichtlich maßen die Mitarbeiter der Resource ‚Arbeiter‘ Mitte der 1980er Jahre noch ausreichend Potential zu, um weiterhin im Zentrum der Forschungstätigkeit zu stehen. Zugleich aber schien die Arbeiterbildung im FIAB bis dahin keine allzu festen Kerne ausgebildet zu haben. Die nur zu einem geringen Teil erfolgreiche Sozialisierung der Wissenschaft stand damit im Zusammenhang. Doch welche Faktoren lassen sich noch ausmachen?

9.2.1 ‚Arbeiter‘ und ‚Arbeiterbildung‘

Als sich der Trägerverein des FIAB gründete, ließ der Wissenschaftsminister laut Protokoll keine Zweifel daran aufkommen, welche Erwartungen er mit der neuen Einrichtung verband:

Herr Professor Jochimsen macht deutlich, daß die Zielsetzung dieses Forschungsinstituts ausdrücklich auf Arbeiterbildung und nicht schlicht weg [sic!] auf Arbeitnehmerbildung abstelle. Damit solle bewußt angeknüpft werden an die Tradition und Geschichte der Arbeiterbewegung und die vielfältigen Initiativen in diesem Bereich. Auf diesem Hintergrund solle Arbeiterbildung nicht nur auf die Arbeiter selbst, sondern auch auf ihre Familienangehörigen und zwar auf jeweils allen Bildungsstufen abgestellt sein. Damit sei die für das Institut relevante Zielgruppe klar eingegrenzt. Der Auftrag des Institutes müsse demgegenüber nicht nur bezogen auf Bildung im engeren Sinne, sondern auch auf Sprachfähigkeit und Kultur, also weit gefächert aufgefaßt werden.¹⁰⁵

In diesen Ausführungen schienen deutlich die Gedanken Oskar Negts auf. Negt war, wie in Kapitel 6.3.3 erwähnt, von der Prämisse ausgegangen, dass Arbeiter ganz spezifische und damit grundsätzlich andere Bildungsbedürfnisse als Beamte und Angestellte hätten, und auch er hatte die Sprache als konstitutiv für die Arbeiteridentität angesehen, was im Umkehrschluss bedeutete, dass die Sprache als Barriere zwischen der Arbeiterschaft und der übrigen Gesellschaft fungierte¹⁰⁶. Wo Negt von Arbeiterbildung gesprochen hatte, meinte er ausdrücklich und ausschließlich Bildung für Arbeiter.

Auf den ersten Blick fallen auch bei Jochimsen die entscheidenden Stichworte: „ausdrücklich [...] Arbeiterbildung“, „nicht [...] Arbeitnehmerbildung“, „Arbeiter“. Tatsächlich aber erweiterte Jochimsen die Zielgruppe der Arbeiterbildung gleich

¹⁰⁴ Ibid., S. 3.

¹⁰⁵ Protokoll der Gründungsversammlung zur Bildung des Trägervereins, S. 4f.

¹⁰⁶ Vgl. Negt, Soziologische Phantasie, S. 45–58.

doppelt. Indem er ‚Arbeiterbildung‘ mit der „Tradition und Geschichte der Arbeiterbewegung“ in Verbindung brachte, löste er sie von der Sozialgruppe der Arbeiterschaft und transformierte sie letztlich in ein historisch-kulturelles Archiv. Dies diente ihm als Begründung, Familienangehörige der Arbeiter unabhängig von ihrem Bildungsstand, im Extremfall also auch Akademiker und Unternehmer, in die Zielgruppe der Arbeiterbildung aufzunehmen. Diese Schlussfolgerung war weder zwingend noch unproblematisch. Der französische Soziologe Didier Eribon schilderte etwa, wie er als Bildungsaufsteiger die Sprache des Arbeitermilieus „verlernen“ musste, um in den neuen Kreisen nicht aufzufallen. Auch wenn er bei seinen Besuchen in der Heimat allzu komplexe Ausdrücke vermied, sprach er doch nicht mehr die Sprache der Arbeiter – es handelte sich „nicht um Zweisprachigkeit im engeren Sinn“¹⁰⁷. Solche Angehörigen hatte Jochimsen sicher nicht im Sinn, wohl eher Kinder und Ehefrauen, aber welchen Zweck er mit seiner unpräzisen Äußerung verfolgte, ließ er offen. Ohnehin hatte er schon im ersten Satz faktisch alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeschlossen. Denn der Einschub „nicht schlicht weg [...] Arbeitnehmerbildung“ bedeutete ja letztlich nichts anderes als „nicht nur Arbeitnehmerbildung“ – aber eben auch. Jochimsen hatte also das Kunststück vollbracht, im Zuge seiner angeblich klaren Eingrenzung die Zielgruppe ohne Not und ohne stichhaltige Argumente völlig auszuweiten.

Inwiefern diese Erweiterung zur Verwässerung der Arbeiterbildung führen konnte, hing von der Konzeption des Instituts und seiner Arbeit ab. Adolf Noll hatte großen Wert darauf gelegt, das neue Institut in „einen engen Kontakt zur Arbeits- und Lebenswelt der Arbeiter und deren Organisation“ zu bringen, um eine „prinzipielle Offenheit [...] gegenüber den Arbeitern und ihren Interessen, Bedürfnissen und Hoffnungen“ zu gewährleisten. Dies konnte seiner Meinung nach aber nur gelingen, wenn sich das FIAB „nach innen und außen nicht in der traditionellen Form universitärer Institute präsentier[te].“¹⁰⁸ Wie gezeigt, hatte sich Noll damit ebenso wenig durchsetzen können wie mit seinem ursprünglichen Vorschlag, den Schwerpunkt der neuen Einrichtung auf die Weiterbildung von Arbeitern zu legen – Noll hatte folgerichtig auch nicht von einem „Forschungsinstitut“, sondern von einem „Institut für Arbeiterbildung“ gesprochen. Die Vertreter der RUB, denen der Noll-Entwurf bekannt war, setzten einen anderen Akzent¹⁰⁹, wenn sie „die Forschung auf dem Gebiet der Bildung und Weiterbildung von Industriearbeitern“

¹⁰⁷ Eribon, Rückkehr, S. 98 f.

¹⁰⁸ Noll, Konzeption eines Instituts für Arbeiterbildung, S. 3, 5.

¹⁰⁹ Feldhaus, MWF, III B 1 – 6221/031, Entwurf, Herrn Minister a. d. D. vorgelegt, Betr.: Errichtung eines Instituts für Arbeiterbildung (Ruhr-Universität Bochum), Bezug: Vorgesehene Besprechung mit Herrn Prof. Noll am 21. 8. 1979, 20. August 1979, S. 1–3, in: LAV NRW (Abteilung Rheinland, Duisburg) NW 461–71.

gleich als erste Aufgabe definierten¹¹⁰. Auch weil sich die „Konkurrenz zu Weiterbildungsinstitutionen“ auf diese Weise verhindern ließ, konnte die RUB mit ihrer Konzeption des FIAB als „Forschungsinstitut mit Servicefunktionen“ Landesregierung und IG Metall überzeugen¹¹¹. Tatsächlich hatte die berufliche Weiterbildung seit den späten 1960er Jahren im Ruhrgebiet einen Ausbau erfahren. So waren etwa die kurzlebige „Gesellschaft zur Verbesserung der Beschäftigtenstruktur“ oder das auch heute noch bestehende „Berufsförderungszentrum Essen“ in dieser Zeit entstanden¹¹². Mit der Entscheidung für ein Forschungsinstitut ging jedoch zwangsläufig eine Distanzierung zur Zielgruppe einher, welche der RUB-Entwurf zumindest punktuell überwinden wollte. Ganz ähnlich wie die Filmschaffenden, die zu Beginn der 1970er Jahre ihre Drehbücher gemeinsam mit ‚Arbeitern‘ verfasst hatten, setzte die RUB nun am Ende der Dekade auf die „konkrete Einbeziehung der Adressaten in die Planung und den Entwurf von Bildungsmaßnahmen“ im Rahmen einzelner Projekte¹¹³.

Mit dem Spannungsfeld von Nähe und Distanz musste sich auch das wissenschaftliche Personal des FIAB auseinandersetzen. Das Ergebnis legten sie 1982 in Form eines programmatischen Aufsatzes vor. Zunächst arbeiteten sie darin ganz in der Tradition Oskar Negts die besondere Benachteiligung der Arbeiterschaft „in fast jeder Beziehung“ heraus und betonten die Notwendigkeit „eigener konzeptioneller Grundlagen und spezifischer Vorgehensweisen“ der Arbeiterbildung, ohne aber eine Begründung hierfür zu liefern. Umso überraschender stellten sie fest: „Didaktik und Methodik der Arbeiterbildung sind [...] bisher nicht systematisch wissenschaftlich entwickelt worden. Über die Wirkung von Bildungsmaßnahmen ist im Grunde nichts bekannt.“ Konsequenterweise verwiesen die FIAB-Mitarbeiter auf die Notwendigkeit, überhaupt erst einmal „die soziale Lage und Bildungssituation von Arbeitern und Arbeiterfamilien zu untersuchen und Konzeptionen zu ihrer Veränderung zu entwickeln“, wobei sie die Zielgruppe „nach Geschlecht, Alter, Branchen, Betrieben, Qualifikationsmerkmalen, Wohnorten etc.“ aufschlüsseln wollten¹¹⁴. Ohne Zweifel hätte allein diese Aufgabe alle personellen Ressourcen des FIAB auf Jahre hinaus in Beschlag genommen, also unbestreitbar als ein Kern der Arbeiterbildungsforschung getaucht. Ob die Ergebnisse die Arbeiterbildung aber auf Dauer gesichert hätten, ist unsicher. Allein schon in der in Aussicht gestellten

110 RUB, Aufgaben, Struktur, Organisation, 25. Juni 1979, S. 2.

111 Vgl. Anlage: 1. Vermerk: Betr.: Institut für Arbeiterbildung; hier: Besprechung am 13. 2. 1980, S. 8.

112 Vgl. Kellershohn, Politik der Anpassung, S. 233f.

113 RUB, Aufgaben, Struktur, Organisation, 25. Juni 1979, S. 3.

114 O. V., Aspekte der Forschungsarbeit, in: BIK 2 (1982), S. 2–14, hier S. 4f., 7f.

Ausdifferenzierung der Zielgruppe lag die Gefahr, am Ende die Arbeiterbildung komplett zu dekonstruieren.

Ohnehin relativierten auch die FIAB-Mitarbeiter die in den Forschungszielen aufscheinende Nähe zur Arbeiterschaft im Zuge der Operationalisierung ihres Ansatzes gleich mehrfach. Das Proprium der Arbeiterbildung sahen auch sie nicht in einer konkreten Personengruppe, sondern in der Methodologie der „arbeitnehmerorientierte[n] Wissenschaft“¹¹⁵. Noch deutlicher als Jochimsen betonten sie gleich zu Beginn ihres Textes, „Arbeiterbildung“ nicht „als Beschränkung auf die Gruppe der Industriearbeiter zu verstehen“¹¹⁶. Stattdessen erlegte sich das FIAB-Team die Pflicht auf, die Forschung an den „Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen“ auszurichten, versehen mit dem Einschub, diese Interessen seien „freilich stets zu interpretieren[]“¹¹⁷. Hier zeichnete sich eine doppelte Distanzierung ab, denn nicht nur rangierten die Gewerkschaften gleichrangig neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern das FIAB beanspruchte für sich eine Übersetzerfunktion. Dies war aufgrund der Gründungsgeschichte und Konzeption des Instituts wenig überraschend, doch waren schon zu Beginn mehrere Fluchtpunkte angelegt, die über die Arbeiterschaft und die Arbeiterbildung hinauswiesen.

9.2.2 Drittmittelabhängigkeit

Durch die methodologische Festlegung auf die arbeitnehmerorientierte Wissenschaft hatte sich das FIAB auch inhaltlich Spielraum verschafft. Dies war umso wichtiger, als das Institut in hohem Maße von Drittmitteln abhängig war. 1984 belief sich der Grundhaushalt beispielsweise auf 700 000 DM, von dem das Land den Großteil bestritt. An Drittmitteln hatte das FIAB hingegen 1,39 Millionen DM eingeworben, aus denen es 14 der 24 Mitarbeitenden finanzierte¹¹⁸. Zwar war das FIAB explizit als ein „projektorientierte[s] Institut“ konzipiert worden¹¹⁹, doch die Grundausrüstung wurde von den Beteiligten über all die Jahre hinweg als nicht ausreichend erachtet. Eine autonome Ausgestaltung der Forschungstätigkeit des FIAB erwies sich auf dieser Grundlage als nicht möglich. Schon Ende 1986 kritisierte

¹¹⁵ Ibid., S. 13. Dieses Konzept war im Umfeld der Gewerkschaften entwickelt worden. Vgl. Siegfried Katterle/Karl Krahn (Hrsg.), *Wissenschaft und Arbeitnehmerinteressen*, Köln 1980.

¹¹⁶ O. V., *Aspekte der Forschungsarbeit*, S. 3.

¹¹⁷ Ibid., S. 13.

¹¹⁸ Vgl. Kurt Johansson an Herrn Dr. Joel, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, 31. Oktober 1984, S. 1 f., in: RUB-Archiv R03 Nr. 95.

¹¹⁹ RUB, *Aufgaben, Struktur, Organisation*, 25. Juni 1979, S. 2.

das Kuratorium das Missverhältnis zwischen intern und extern initiierten Projekten¹²⁰. Auch der Ministeriumsvertreter sah aufgrund der vielen Drittmittelprojekte „die Grenzen der Kapazitäten des Institutes in seinem Kernbereich erreicht“¹²¹. Tatsächlich konnten nicht einmal alle der ursprünglich geplanten Arbeitsvorhaben umgesetzt werden¹²². Die Gewerkschaften nahmen dies hin, da sie nicht bereit waren, das FIAB mit eigenen Mitteln zu stärken. Die IG Metall steuerte etwa konstant 50 000 DM jährlich bei¹²³. Als die IG Bergbau und Energie schließlich nach jahrelangen Querelen – sie hatte sich 1981 vor vollendete Tatsachen gestellt und folglich „keine Möglichkeit der Einflußnahme auf die Arbeit des Instituts“ gesehen¹²⁴ – Ende 1985 den Beitritt zum FIAB beschloss, legte sie ihren Mitgliedsbeitrag eigenmächtig auf magere 10 000 DM fest¹²⁵. Das Zögern der Gewerkschaften wird verständlich, wenn man den Hinweis von Walter Haas, dem Vertreter des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen im FIAB-Vorstand, in Betracht zieht, wonach der Anteil der Mitgliedsbeiträge am Grundhaushalt des FIAB vergleichsweise hoch war. Und doch bleibt festzuhalten, dass die Gewerkschaften für eine mögliche Sozialisierung der Wissenschaft nur geringe eigene Mittel aufzuwenden bereit waren.

Frauen statt Stadtteil

Ein Projekt, das frühzeitig eingestellt werden musste, war die „stadtteilnahe Arbeiterbildung“. Christa Cremer, die als Bearbeiterin vorgesehen war, wollte die „stadtteilnahe[n] Konzeptionen [...] zu tragfähigen Fundamenten der Arbeiterbildung weiterentwickeln“¹²⁶. Tatsächlich barg dieses Vorhaben großes Potential. Es versprach nicht nur Hinweise darauf zu liefern, ob ‚Arbeiter‘ noch eine lebensweltlich prägende Kategorie darstellte¹²⁷, sondern es bot die Möglichkeit, Instru-

120 Vgl. Kuratorium des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung e. V., Protokoll der 5. Sitzung des Kuratoriums am 3. November 1986, S. 5, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

121 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die zehnte Vorstandssitzung, 31. Januar 1985, S. 4, in: RUB-Universität R03 Nr. 97.

122 Die ersten geplanten Projekte sind aufgeführt in FIAB e. V., Protokoll über die erste Geschäftsführende Vorstandssitzung, 31. Juli 1981, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

123 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 12. Vorstandssitzung, 14. November 1986, S. 5, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

124 Erhard Lenk, Hans-Böckler-Stiftung, persönlich Herrn Kurt Johannson, 13. Juli 1981, S. 1, in: AdsD 5/IGMA200571.

125 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll zur außerordentlichen Mitgliederversammlung, 21. November 1985, S. 1, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

126 Christa Cremer, Zur Stadtteilkulturarbeit im Revier, in: BIK 2 (1982), S. 34–46, hier S. 36.

127 Vgl. Walter, Vorwärts sowie Ditmar Brock, Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850 und 1980, Frankfurt a.M./New York 1991.

mente zu entwickeln, um diese Prägekraft zu bewahren. In ihrem ersten Artikel zum Thema arbeitete Cremer genau diesen Punkt heraus. Ihrer Meinung nach spielten sich die „existentiellen Probleme“ der Arbeiterfamilien außerhalb der Betriebe ab, zumal in Folge der Massenarbeitslosigkeit immer mehr Menschen aus dem Produktionssektor hinausgedrängt würden¹²⁸. Im Bereich der Reproduktion seien die Gewerkschaften jedoch völlig abwesend, sodass

die Volkshochschule mit ihrem Charakter als Bildungsinstitution der Mittelschicht und die Kirchen [...] sinnstiftende Orientierung für Alltagskonflikte vermitteln, die nicht notwendigerweise dem Verständnis von politischer Bildung im gewerkschaftlichen Sinn für Arbeiter [...] entsprechen müssen.¹²⁹

Anknüpfungspunkte für eine lokale Arbeiterbildung boten Stadtviertel, die einen „gewachsenen Lebensraum mit [...] intakten sozialen Beziehungen“ darstellten. Besonders den Älteren kam große Bedeutung bei der „Identitätsfindung und -stärkung“ zu, denn es galt, die „Reste von Arbeiterkultur“ zu erhalten. Der Vorzug gegenüber konkurrierenden Bildungsangeboten lag laut Cremer darin, dass die stadtteilnahe Arbeiterbildung „sich an den Bedürfnissen, Interessen und Konflikten von Arbeiterfamilien und ihren Mitgliedern orientiert und diese als bestimmende Subjekte konkreter Lern- und Handlungsziele versteht“¹³⁰. Das Bildungsangebot sollte aber nicht nur inhaltlich arbeiterspezifisch sein, sondern auch formal Bekanntes aufgreifen, um motivierend zu wirken. Denn diese Form der Arbeiterbildung, so Cremer, versprach, „durch ihre Teilnehmerzusammensetzung den Lebensformen in der Nachbarschaft und der Familienstruktur der Arbeiterschaft sehr nahe [zu] kommen.“¹³¹

Arbeiterbildung hieß in diesem Sinne tatsächlich, zunächst einmal Menschen zu ‚Arbeitern‘ zu bilden. Dies war die Voraussetzung, ihnen Einsichten in die gesellschaftlichen Realitäten zu vermitteln, ihnen also die Erkenntnis „des Klassencharakters der Gesellschaft“ zu ermöglichen. Entsprechend zielte diese Bildungsmaßnahme auf „Partizipation“ und „Emanzipation“ ab¹³². Das Vorhaben lag ganz auf der Linie von Negt und Noll, versprach aber auch einen unmittelbaren Nutzen für die Gewerkschaften zu bieten. Überdies existierten bereits lokale Ansätze, unter anderem in Recklinghausen selbst. Dort hatten Bewohnerinnen und Bewohner

¹²⁸ Christa Cremer, Weiterbildungsangebote für Arbeiterfamilien im Ruhrgebiet im Rahmen von Stadtteilkulturarbeit als Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeiterbildung, in: BIK 2 (1982), S. 15–33, hier S. 17, 19 (Zitat).

¹²⁹ Ibid., S. 20.

¹³⁰ Cremer, Stadtteilkulturarbeit, S. 36, 42, 44.

¹³¹ Ibid., S. 39.

¹³² Cremer, Weiterbildungsangebote, S. 26.

eines Stadtteils mit dem von ihnen verfassten „Hochlarmarker Lesebuch“ bundesweit für Aufsehen gesorgt¹³³. Auch die Finanzierung schien gesichert zu sein, da das Vorhaben auf einen Kontakt zum Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zurückgegangen war¹³⁴. Nach dem Regierungswechsel in Bonn hatte sich diese Option jedoch zerschlagen¹³⁵. Dies wog umso schwerer, als Margarethe Goldmann, die als Nachfolgerin Cremers ans FIAB gekommen war, aus diesem Grund nach wenigen Wochen schon wieder kündigte. Dies war ein großer Verlust, da Goldmann zuvor über sechs Jahre hinweg das Hochlarmarker Projekt geleitet hatte¹³⁶. Mit ihrem Abgang war das Forschungsprojekt endgültig gescheitert.

Der Arbeitsbereich wurde in der Folge grundlegend umgestaltet. Das FIAB wandte sich zunächst der Technikqualifizierung weiblicher Angestellter zu, nachdem das Land den Wunsch angemeldet hatte, es möge sich stärker mit den Auswirkungen der neuen Technologien befassen¹³⁷. Angestellte waren hier nicht mehr, wie von Jochimsen angedacht, als Angetraute oder Kinder von Industriearbeitern in den Blick gekommen, sondern berufstätige Frauen waren selbst zum Forschungsobjekt aufgestiegen. Gegen Ende der 1980er Jahre baute Karin Derichs-Kunstmann, die vom „Institut Frau und Gesellschaft“ in Hannover nach Recklinghausen gewechselt war¹³⁸, für das FIAB dann einen eigenen Arbeitsbereich zum Thema Gender auf. Schon 1989 hatte der Bremer Soziologieprofessor Wilke Thomssen im Kuratorium die Forderung erhoben, der Frauenforschung solle im FIAB „sowohl personell als auch finanziell ein angemessener Platz eingeräumt werden.“¹³⁹ Drei Jahre später konnte Kurt Johannson vermelden, es sei „dem FIAB

133 Vgl. Britta Caspers/Dirk Hallenberger/Werner Jung/Rolf Parr, Ruhrgebietsliteratur seit 1960. Eine Geschichte nach Knotenpunkten, Berlin 2019, S. 285–296. Als Beispiel für die anhaltende Rezeption vgl. Herbert, Geschichte Deutschlands, S. 1012.

134 Kurt Johannson, Bericht der Institutsdirektion [zur Vorstandssitzung am 30.4.1982], S. 3, in: AdsD 5/IGMA200570.

135 Vgl. FIAB, Forschungsbericht 1983, S. 2.

136 Kurt Johannson an Herrn Rektor Prof. Dr. Ipsen, 27. Januar 1983, Anlage: Margarethe Goldmann an [Hans] Preiss, 12. Januar 1983, S. 1, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

137 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e. V., Projekt Arbeitsorientierte Technologie-Qualifikation für den kaufmännisch-verwaltenden Bereich. Entwicklung, Erprobung und Evaluierung eines integrierten Bildungsprogramms unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Arbeitnehmer, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97. Ein ähnliches Projekt widmete sich „Frauen und neue[n] Informations- und Kommunikationstechnologien“. Vgl. FIAB, Forschungsbericht 1985/86, S. 21–24.

138 Vgl. FIAB, Forschungsbericht 1983, S. 28.

139 Kuratorium des Forschungsinstitutes für Arbeiterbildung e. V., Protokoll der 7. Kuratoriumssitzung am 27. Januar 1989, S. 3f., in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

gelungen [...], mit diesem Thema eine ‚Marktlücke‘ in der Forschungslandschaft in NRW aufzufinden und kompetent auszufüllen“¹⁴⁰.

Einen völligen Bruch mit der ursprünglichen Konzeption der Arbeiterbildung stellte diese Entwicklung nicht dar; schließlich war 1982 schon vorgesehen gewesen, Frauen als eine Untergruppe der Arbeiterschaft zu untersuchen. Auch Cremers Entwurf hatte explizit „Arbeiterfrauen und Arbeiterfamilien“ als Zielgruppe genannt¹⁴¹. Der nun realisierte Arbeitsbereich ging aber weit darüber hinaus. Die Kategorie Frau schickte sich an, die Funktion des ‚Arbeiters‘ zu substituieren und dadurch zu einem eigenständigen Differential zum Bestehenden zu werden. So legte Derichs-Kunstmann ihrer Forschung die Annahme zugrunde, „daß die Bildungsarbeit mit Frauen in vieler Hinsicht von völlig anderen Voraussetzungen auszugehen habe als die mit Männern“¹⁴². Mit einem analogen Argument hatte, wie erwähnt, Oskar Negt Mitte der 1960er Jahre die Notwendigkeit einer eigenständigen Arbeiterbildung begründet. Doch nicht nur hier traten die Frauen in Konkurrenz zum ‚Arbeiter‘, sondern auch mit Blick auf dessen gesellschaftliche Funktion:

Chancengleichheit als gesellschaftliche Aufgabe von Weiterbildung wird im FIAB zentral im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis thematisiert. Gerade hier lassen sich Deregulierungsprozesse seismographisch besonders gut beobachten, deren Thematisierung in der Bildungsarbeit Diskussionen über die „Zukunft der Arbeit“ antizipieren.¹⁴³

Die Kategorien *class* und *gender* waren aber keineswegs auf einen Antagonismus festgelegt. Das FIAB publizierte 1990 einen Aufsatz, in dem Petra Frerich und Margareta Steinrücke die Arbeitssituationen und Einstellungen von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten kontrastierten. Aufgrund der Vielzahl an Unterschieden kamen die Autorinnen zu einem instruktiven Urteil: „Auch der Status Frau konstituiert noch keine einheitlichen betrieblichen Situationen und Interessen.“ Und doch gab es auch *gender*-basierte Gemeinsamkeiten, etwa das Interesse „an Wahrung der persönlichen Würde, an Gerechtigkeit, an Achtung und Anerken-

140 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 22. Vorstandssitzung, 15. Mai 1992, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

141 Christa Cremer, Projektentwurf „Entwicklung und Erprobung eines Weiterbildungsangebotes für Arbeiterfrauen und Arbeiterfamilien im Ruhrgebiet im Rahmen von Stadtteilkulturarbeit als Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeiterbildung“, 8. April 1982, in: AdsD 5/IGMA200571.

142 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 21. Vorstandssitzung, 29. November 1991, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

143 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Forschungsbericht 1998, Forschungsplan 1999, Oktober 1998, S. 6, in: RUB-Archiv R03 Nr. 99.

nung¹⁴⁴. Insgesamt aber lieferte der Beitrag viele Argumente für die Annahme, dass der Arbeiterstatus weiterhin eine erfahrbare Realität auch und gerade für Frauen darstellte. Allerdings wurden diese Aspekte nur sichtbar, weil die Autorinnen nicht ausschließlich eine der beiden sozialrechtlichen Statusgruppen untersucht hatten. Ein solch vergleichender Ansatz war im Kontext des FIAB jedoch sehr ungewöhnlich. Interessanterweise erwies sich Karin Derichs-Kunstmann noch in den 1990er Jahren innerhalb des FIAB als eine entschiedene Verfechterin des Begriffs ‚Arbeiterbildung‘, da er ihrer Meinung nach für einen „emanzipatorische[n] Gehalt“ stand¹⁴⁵, dem sich auch die Frauenforschung verschrieben hatte. Dennoch markierte Derichs-Kunstmann sehr deutlich die Unterschiede im Emanzipationsverständnis, um keinen Zweifel an der Eigenständigkeit der Frauenfrage aufkommen zu lassen:

Gegen den einerseits auf das kollektive Subjekt (die Klasse) und andererseits auf die Zukunft verweisenden Emanzipationsbegriff der Arbeiterbildung hat die „neue Frauenbewegung“ in Westeuropa einen Emanzipationsbegriff gesetzt, der die individuelle und kollektive Emanzipation der Frauen in dieser Gesellschaft zu seinem Ziel gesetzt hat.¹⁴⁶

Der Bezug auf die ‚Arbeiterbildung‘ war ein Gebot der Vernunft, um sie als Koalitionspartner zu erhalten. Unersetzlich war sie für die Frauenfrage aber nicht.

Wolfsburg statt Ausland

Ähnlich weitreichende Verschiebungen vollzogen sich im Schwerpunktbereich „Arbeiterbildung im Ausland – Arbeiterbildung mit Ausländern“, denn auch dieses Thema kam nicht über die erste Konzeptionsphase hinaus¹⁴⁷. Dadurch büßte das FIAB die Möglichkeit ein, die Arbeiterbildung konzeptionell in einen internationalen Referenzrahmen zu stellen und auf diese Weise gegen bundesdeutsche Entwicklungen zu immunisieren. Michael Schuler, der diesen Bereich verantworten sollte, hatte sich ursprünglich genau diesem Ziel verschrieben, denn er wollte versuchen, „in den nationalen Entwicklungen der Arbeiterbildung das länders-

144 Petra Frerichs/Margareta Steinrück, Arbeiterinnen und weibliche Angestellte im Vergleich. Industriesoziologische Frauenforschung am Beispiel von Arbeitssituation, Interessen und Interessenvertretung von Frauen im Betrieb, in: BIK 9 (1990), S. 29–45, hier S. 28, 38.

145 Dr. Karin Derichs-Kunstmann, Zur Weiterentwicklung der Arbeit des FIAB, 3.2.2000, S. 4, in: AdSB, Bestand FIAB, Ordner JF Kongresse FIAB-AKs.

146 Karin Derichs-Kunstmann, Frauenemanzipation und Arbeiterbildung. Thesen, in: JABK 10 (1992), S. 160–162, hier S. 161.

147 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Forschungsbericht 1981/82, November 1982, S. 2, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

übergreifende Allgemeingültige aufzuspüren“ und dabei „[d]ie Struktur und die besonderen Aufgaben von Arbeiterbildung innerhalb des jeweiligen nationalen Bildungssystems“ zu eruieren¹⁴⁸. Schulers Arbeitsbereich wäre auch prädestiniert gewesen, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung eines Problemkomplexes zu leisten, für den ein Reporter der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung die Arbeiterbildung insgesamt in die Pflicht nahm. Es handelte sich um den Dreiklang aus „steigender Arbeitslosigkeit, sich zuspitzender Probleme ausländischer Mitbürger, rechtsradikaler Tendenzen“¹⁴⁹. Als der Fremdenhass zu Beginn der 1990er Jahre eskalierte, sollte dem FIAB die mit der Aufgabe von Schulers ursprünglichem Arbeitsfeld entstandene Forschungslücke bewusst werden, denn dadurch wurde auch die Anbahnungsphase der politischen Rechtswende der Arbeiterschaft schlichtweg übersehen¹⁵⁰.

Anders als beim Forschungsschwerpunkt zur stadtteilnahen Arbeiterbildung verhinderte keine ausbleibende Bewilligung die Umsetzung des Vorhabens. Stattdessen eröffnete sich eine ganz andere Chance, die sich das FIAB nicht entgehen lassen konnte. Um das bei Volkswagen in Niedersachsen angesiedelte und von der Bundesregierung geförderte HdA-Projekt zur „Weiterbildung von Montagearbeitern/innen“ baute Schuler seit September 1982 den Bereich „Betriebliche Weiterbildung“ im FIAB auf¹⁵¹. Dieses intern als „das Millionending“¹⁵² bezeichnete Projekt, „von dem nach einhelliger Auffassung [sic!] aller Beteiligten die Zukunft des Instituts wesentlich abhängt“¹⁵³, war für das FIAB folglich von größtem Wert: Es sicherte nicht nur mehrere Jahre hohe Drittmittelzuflüsse, sondern verschaffte dem Institut wissenschaftliche Reputation und konnte einen möglichen „Kern“ der Arbeiterbildung darstellen. Dass ein noch völlig unbekanntes Institut ein solch

148 Knut Ipsen an Reg.-Dir. Hans-H[elmut]. Weigmann, Ruhr-Universität Bochum, 13. Oktober 1981, Anlage zu TOP 8: Projektplanung, Michael Schuler, Arbeit – Technik – Arbeiterbildung. Internationale Entwicklungen in der Arbeiterbildung im Vergleich (Skizze der Arbeitsschwerpunkte), S. 2 f., in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

149 MIK, Sechs Wissenschaftler forschen in der Stille, in: WAZ, 3. Dezember 1982, o. S., in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

150 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 23. Vorstandssitzung, 13. November 1992, S. 5 sowie Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 24. Vorstandssitzung, 23. April 1993, S. 2, beide in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

151 Vgl. hierzu FIAB, Forschungsbericht 1983, S. 10 ff. sowie Dr. Michael Schuler an den Geschäftsführenden Vorstand des Forschungsinstitutes für Arbeiterbildung, 21. Januar 1983, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93. Zu den HdA-Projekten bei VW vgl. Gina Fuhrich, Humanisierung oder Rationalisierung? Arbeiter als Akteure im Bundesprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ bei der VW AG, Stuttgart 2020.

152 Michael Schuler an Helmut, 24. Februar 1982, Anlage: Michael Schuler, 19. Februar 1981, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

153 Weigmann, Vermerk für den Rektor, 29. November 1983, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

großes Drittmittelprojekt überhaupt einwerben konnte, war ungewöhnlich. Eine große Rolle dürfte Peter Meyer-Dohm gespielt haben. Als 1978 im RUB/IGM-Kuratorium erste Ideen zu einem Forschungsinstitut für Arbeiterbildung zirkulierten, amtierte Meyer-Dohm noch als Rektor der RUB¹⁵⁴. Dann aber wechselte er zu VW, um dort die Bildungsabteilung neu aufzustellen.

Mit diesem Projekt wurde die ursprüngliche Absicht, Arbeitgeber vom FIAB auszuschließen, schnell ad acta gelegt. Erleichtert wurde dieser Schwenk sicherlich durch den seit 1975 vollzogenen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und die Umstellung auf einen kooperativen Führungsstil unter dem VW-Vorstandsvorsitzenden Toni Schmücker¹⁵⁵. Dennoch ließ sich das Einfließen der Unternehmerperspektive in die Arbeiterbildung nicht verhindern, zumal laut Kurt Johansson die wissenschaftlichen Mitarbeiter des FIAB schon in der Konzeptionsphase des Projekts versuchten, „die Kooperation mit der Geschäftsleitung möglichst eng zu gestalten und die IG Metall herauszuhalten.“¹⁵⁶ Tatsächlich lagen viele der Fragen ganz im Interesse des Unternehmens. Untersucht werden sollte beispielsweise, warum angelernte Montagearbeiter nicht bereit waren, ihre vielfältigen Kompetenzen zum Wohle des Betriebs einzubringen, obwohl sie diese ohne zu zögern in diverse Freizeitprojekte investierten¹⁵⁷. Es überrascht daher nicht, dass das Kuratorium des FIAB auch später noch den Einfluss der VW-Geschäftsleitung auf die laufende Forschungsarbeit beklagte, ja gar die Unabhängigkeit des FIAB gefährdet sah¹⁵⁸. Gleichwohl sind hierbei zwei Punkte zu bedenken. So war das Gesamtprojekt der Humanisierung des Arbeitslebens zwar politisch insofern umstritten, als es immer um eine konkrete Aushandlung „zwischen Rationalisierung und Humanisierung im Betrieb“ ging. Zugleich konnte das ganze Unterfangen überhaupt nur funktionieren, wenn die Unternehmensseite kooperierte, und sie tat dies, weil sie auf Einsparungen oder anderweitige Gewinne hoffen konnte¹⁵⁹. Und trotz Johannsons Klage über den geringen Einfluss der IG Metall waren die Arbeitneh-

154 Hans Preiss, Vorlage für die Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder am 6. April 1981, Anlage: Abteilung Bildungswesen/Bildungspolitik, Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, o. D., S. 1 f., in: AdsD 5/IGMA200572.

155 Vgl. Manfred Grieger, Der neue Geist im Volkswagenwerk. Produktinnovation, Kapazitätsabbau und Mitbestimmungsmodernisierung 1968–1976, in: Reitmayer/Rosenberger, Unternehmen, S. 31–66, hier S. 54 ff.

156 Kurt Johansson an Hans Preiss, 11. Februar 1982, S. 1, in: 5/IGMA200571.

157 Vgl. Michael Schuler, Die Fort- und Weiterbildung von Montagearbeitern. Perspektiven eines im Rahmen des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens (HdA)“ beantragten Projektes, in: BIK 3 (1983), S. 14–31, hier S. 19.

158 Vgl. Kuratorium FIAB, Protokoll, 1.2.1984, S. 6 sowie Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e.V., Protokoll über die 10. Vorstandssitzung, 21. November 1985, S. 5, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

159 Kleinöder/Müller/Uhl, Humanisierung, S. 15.

merinteressen durchaus repräsentiert, denn der Gesamtbetriebsrat von VW war im Projektbeirat vertreten¹⁶⁰. Wenn der Betriebsrat nur wenige Akzente setzte, lag dies ein Stück weit in seiner Politik begründet. Statt auf Gegenmacht zu setzen, hatten sich die Arbeitnehmervertreter infolge der partnerschaftlichen Politik Schmückers in „die Verantwortung für die Rentabilität und den Weltmarkterfolg des Unternehmens“ nehmen lassen¹⁶¹.

Erklärungsbedürftig ist in diesem Zusammenhang, weshalb Rentabilität und Weltmarkterfolg nun ausgerechnet von der Bildungsfähigkeit von Montagearbeitern abhängen sollte. Sicher wirkte hier noch die Erfahrung der existenzbedrohenden Krise nach, in welcher sich VW Mitte der 1970er Jahre befunden hatte. Eine Lehre war, die Entwicklung als kontingent wahrzunehmen, was „die betriebliche Notwendigkeit“ nach sich zog, „die Strukturen und Prozesse auf die veränderte Wirklichkeit einzustellen.“¹⁶² Selbst von angelernten Arbeitern musste nun mehr verlangt werden als klar abgegrenzte Fertigkeiten¹⁶³, sie mussten, wie Boltanski und Chiapello bemerkten, in ihrer Ganzheit als Mensch zur Verfügung stehen, um in jedem Augenblick die gerade geforderte Kompetenz applizieren zu können¹⁶⁴. Hinzu kam ein demographischer Aspekt. Nach den Entlassungen der 1970er Jahre wiesen die Belegschaften in Hannover und Wolfsburg im Montagebereich nun ein recht geringes Durchschnittsalter auf. Gleichzeitig stand für die 1990er Jahre die Prognose eines „drastischen Geburtenrückgangs“ im Raum. VW musste also langfristig mit dem vorhandenen Montagepersonal planen und es befähigen, auch im fortgeschrittenen Alter den „technische[n] und soziale[n] Wandel“ zu bewerkstelligen¹⁶⁵.

Die Forschung, die das FIAB leistete, lag folglich auch im Interesse der Montagearbeiter. Ein beträchtlicher Teil dieser angelernten Arbeitergruppe drohte infolge von Rationalisierungsmaßnahmen ihre bisherigen Arbeitsplätze zu verlieren. Nur wenn ihre Bildungsfähigkeit nachgewiesen werden konnte, hatte die Vermittlung von „Schlüsselqualifikationen“ Aussicht, sie auf andere Tätigkeiten vorzubereiten.

160 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Forschungsbericht 1984/85, Januar 1985, S. 9, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

161 Grieger, Volkswagenwerk, S. 65.

162 Ibid., S. 64.

163 Vgl. Michael Lacher/Dietmar Neumann/Jürgen Rubelt/Michael Schuler, Die Fort- und Weiterbildung von Montagearbeiter/-innen. Voraussetzungen und Perspektiven am Beispiel der Volkswagen AG, Recklinghausen 1987.

164 Vgl. Boltanski/Chiapello, Der neue Geist, S. 45. Dagegen vertrat Karsten Uhl die These, dass dem Fordismus schon immer beide Aspekte – Rationalisierung und Humanisierung – zu Eigen gewesen sei. Vgl. Uhl, Humane Rationalisierung, S. 112.

165 Lacher et al., Fort- und Weiterbildung, S. 22, 40 (Zitate).

reiten¹⁶⁶. Für die Arbeiterbildungsforschung hielt das Projekt ebenfalls wichtige Punkte bereit. So ließ sich die Prognose der Industriesoziologen Horst Kern und Michael Schumann vom bevorstehenden Ende der Arbeitsteilung im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Diagnose zumindest ansatzweise einer Überprüfung unterziehen¹⁶⁷. Mit der Thematisierung von Bildungspotentialen und -barrieren konnte die weitverbreitete These der Bildungsferne von ‚Arbeitern‘ problematisiert und überdies nach generationenübergreifenden Veränderungen und Kontinuitäten gefragt werden¹⁶⁸. Mithin ließ das Projekt eine Antwort auf die Frage erhoffen, wie es um die Sozialkategorie ‚Arbeiter‘ eigentlich bestellt war. Das Urteil hierzu fiel eindeutig aus:

Diesen Ergebnissen des VW-Projektes lassen sich [...] keinerlei Hinweise entnehmen, die den Schluß zuließen, die Kategorie „Arbeiter“ sei von Auflösungstendenzen gekennzeichnet; Verschiebungen innerhalb der Binnenstruktur der Industriearbeiterschaft werden in den Untersuchungsergebnissen jedoch sichtbar.¹⁶⁹

Gegen das Pauschalargument der Bildungsferne hatte Schuler schon zu Beginn des Projekts Fakten sprechen lassen. So hatten fast zwei Drittel der angelernten Montagearbeiter zuvor eine Lehre in einem anderen Berufsfeld absolviert und wurden nun „unter ihrem allgemeinen Ausbildungsstand beschäftigt“. Die meisten der „Werker“ fühlten sich folglich in ihrer Tätigkeit unterfordert¹⁷⁰. Am Ende des Forschungsvorhabens hatten die FIAB-Mitarbeiter dann eine „Bildungstypologie“ der Montagearbeiter erstellt, um passende Bildungsprogramme zu entwickeln¹⁷¹.

Allerdings sah sich die Gruppe um Michael Schuler bei der Abschlusstagung in Wolfsburg Ende 1988 einer doppelten Kritik ausgesetzt. Die Geschäftsleitung verwarf das Ergebnis in Bausch und Bogen, da „alle Erfahrungen gegen eine bildungsförmige Heterogenität dieser Zielgruppe sprächen und somit keine typenbezogenen Qualifizierungsmaßnahmen notwendig seien.“ Auch die Gewerkschaftsvertreter warfen den Wissenschaftlern implizit vor, künstliche Unterschiede zu konstruieren, und lehnten die Typologisierung der Montagearbeiter als ein „Mittel zur Selektion von Mitarbeitern“ ab. Dagegen betonten die FIAB-Mitarbeiter die grundsätzliche Qualifizierungsfähigkeit eines jeden Beschäftigten – „koste es, was

¹⁶⁶ Vgl. Schuler, Fort- und Weiterbildung, S. 20.

¹⁶⁷ Vgl. Lacher et al., Fort- und Weiterbildung, S. 15f.

¹⁶⁸ Vgl. Michael Lacher, „Produktionsarbeiter in angelernten Tätigkeiten – Eine Herausforderung für die Bildungsarbeit“. Gemeinsame Tagung von FIAB und Volkswagen AG am 1./2. Dezember 1988 in Wolfsburg, in: BIK 8 (1989), S. 159–162, hier S. 160 sowie Schuler, Fort- und Weiterbildung, S. 19.

¹⁶⁹ Kuratorium FIAB, Protokoll, 27.1.1989, S. 1f.

¹⁷⁰ Schuler, Fort- und Weiterbildung, S. 23.

¹⁷¹ Lacher, Produktionsarbeiter, S. 160.

es wolle“¹⁷². VW schlug nach Einschätzung der IG Metall aber einen anderen Weg ein. Das Hauptaugenmerk, so Hans Preiss, liege im Konzern nun wieder auf der Erstausbildung¹⁷³.

Es bleibt aber festzuhalten: Wie auch der Arbeitsbereich von Karin Derichs-Kunstmann hatte auch derjenige von Michael Schuler Ende der 1980er Jahre empirische Belege für die andauernde Relevanz der Sozialkategorie ‚Arbeiter‘ erbracht.

Reputation statt ‚Arbeiter‘

Das VW-Projekt stand jedoch auch am Beginn einer weiteren Verschiebung. Schon 1982 hatte Knut Ipsen die Bedeutung von Großprojekten hervorgehoben, denn diese wirkten sich positiv auf „die Reputation und die Effizienz des Instituts“ aus¹⁷⁴. Für den Gedanken der Reputation waren auch die Gewerkschaftsvertreter empfänglich – so werteten sie etwa die Umwandlung des FIAB in ein An-Institut als Anerkennung für die bisherige Arbeit und erhofften sich eine Festigung des wissenschaftlichen Rufs¹⁷⁵. Doch was bedeutete dies? Ein höheres Ansehen unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ging damit nicht notwendigerweise einher. Vielmehr hatte die IG Metall bei der Berufung Kurt Johannsons ja noch argumentiert, aller akademische Anschein rufe bei diesen potentiell Abwehrreflexe hervor. Das Streben nach Reputation folgte allein dem Zweck, das FIAB im wissenschaftlichen Feld stärker zu verorten. Doch war dies möglich, ohne sich zugleich von den ‚Arbeitern‘ zu entfremden?

Interessanterweise brachte Knut Ipsen, kaum dass sich die Anbindung des FIAB an die RUB konkretisiert hatte, den Vorschlag ein, das Institut könne gemeinsam mit der Universität einen neuen Sonderforschungsbereich beantragen, um es dem FIAB zu ermöglichen, „sich verstärkt der Grundlagenforschung zuzuwenden“. Während Kurt Johannson den Einwand erhob, dies stelle „eine neue Schwerpunktsetzung im FIAB“ dar und belaste die vorhandenen personellen Kapazitäten, erklärte sich Bernd Faulenbach bereit, ein entsprechendes Konzept zu entwerfen¹⁷⁶. Der von ihm skizzierte SFB „Arbeit und Kultur im 20. Jahrhundert“ wäre für die Arbeitergeschichte höchst innovativ gewesen, hätte er sie doch für die Zeitgeschichte fruchtbar

¹⁷² Ibid., S. 160 ff.

¹⁷³ Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 17. Vorstandssitzung, 14. April 1989, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

¹⁷⁴ Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die fünfte Vorstandssitzung, 3. Dezember 1982, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

¹⁷⁵ Vgl. FIAB, Protokoll, 14.11.1986, S. 1.

¹⁷⁶ Ibid., S. 7 f.

gemacht¹⁷⁷. Diesen Weg hatte Faulenbach schon mit einem seiner ersten FIAB-Arbeitsvorhaben, einem Oral-History-Projekt, beschritten¹⁷⁸. In den frühen 1980er Jahren hatte er gemeinsam mit Betriebsratsmitgliedern und Rentnern die Geschichte der Stahlwerke Bochum aus Arbeitnehmersicht erforscht. Explizit sollten Arbeitnehmer nicht mehr nur Objekt, sondern auch Subjekt der Forschungsarbeit sein¹⁷⁹. Ganz aufgehoben wurde die Dichotomie zwischen professionellem Wissenschaftler und Laienhistorikern jedoch nicht, die Arbeitnehmer blieben eben auch Forschungsobjekt. Dennoch finden sich hier bereits in Ansätzen Überlegungen, die den Studien von Bruno Latour ähneln und die in einem späteren Forschungsbericht weiter ausgeführt wurden: Die Orientierung auf einen bestimmten Akteur erfordere forschungspraktisch die bewusste Überschreitung etablierter Grenzen, seien sie begrifflicher oder disziplinärer Natur¹⁸⁰.

Der geplante SFB sah aber keine vergleichbar tragende Rolle für Arbeiterinnen und Arbeiter vor, wie dies im Oral-History-Projekt der Fall gewesen war. Tatsächlich drohte diese Entwicklung dem ursprünglichen Zweck des FIAB sogar zuwiderzulaufen. Nicht Grundlagenforschung, sondern Praxisorientierung hatten die Gewerkschaften zu Beginn ja gefordert. Dass nicht alle Mitarbeiter diesem Weg folgen wollten, beklagte Kurt Johansson schon 1981 gegenüber Hans Preiss: „Projekte, die am grünen Tisch ersonnen werden, können dem Auftrag des Instituts nicht gerecht werden. Das persönliche Forschungsinteresse hat die Interessen von außen in sich aufzunehmen.“¹⁸¹ Knut Ipsen hatte 1982 die Praxisorientierung des FIAB explizit unterstützt, auch weil es damals noch kein universitäres Institut war¹⁸². Dies hatte sich nun geändert, und offensichtlich wurden die Karten neu verteilt. Eine weitere Verschiebung zeigte sich am Ende des Jahrzehnts. Noch immer machten sich die Träger Gedanken, wie man die „Reputation des FIAB steigern könne“, doch zielte die Antwort nun nicht mehr auf die Art der Forschung ab, sondern auf die Art der Finanzierung. So mahnte der Ministerialbeamte Grünewald, das FIAB möge sich um

177 Vgl. Udo Wichert an den Vorstand und die Mitglieder, 26. März 1987, Anlage: Tischvorlage zu TOP 3 13. Vorstandssitzung: Überlegungen zur Konzeption eines Sonderforschungsbereiches „Arbeit und Kultur im 20. Jahrhundert“, in: RUB-Archiv R03 Nr. 97.

178 Zum Projekt vgl. FIAB, Forschungsbericht 1984/85, S. 3f. Zur Kritik vgl. Kuratorium FIAB, Protokoll, 1.2.1984, S. 2.

179 Vgl. Projekt „Betriebsgeschichte von unten – Geschichtsforschung in der betrieblichen Bildungsarbeit (Skizze)“, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

180 Vgl. FIAB, Forschungsbericht 1984/85, S. 5f.

181 Kurt Johansson an Hans Preiss, 27. Juli 1981, Anlage: o. V., Probleme, die bei einem Gespräch mit den Mitarbeitern des Institutes angesprochen werden sollen, o. D., in: AdSD 5/IGMA200571.

182 Protokoll der Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung am 19. Februar 1982, S. 2, in: RUB-Archiv R03 Nr. 94.

Förderungen durch die DFG oder die Volkswagen-Stiftung bemühen¹⁸³. Doch selbst als zehn Jahre später mehrere Vorstandsmitglieder diese Forderung wiederholten, musste Johannson weiterhin weitgehend Fehlanzeige melden¹⁸⁴.

9.3 Der Abschied vom ‚Arbeiter‘

9.3.1 Wendejahr

Das Jahr 1990 brachte drei für das FIAB bedeutsame Ereignisse: die deutsche Wiedervereinigung, das zehnjährige Institutsjubiläum und das Ausscheiden von Hans Preiss aus dem Trägerverein. Schon ein Jahr zuvor hatte mit Knut Ipsen die zweite tragende Säule den Verein verlassen. Der Rückzug der beiden Herren war zwar nicht inhaltlich bedingt – Ipsens Amtszeit als Rektor der RUB war ebenso wie Preiss' Mitgliedschaft im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall zu Ende gegangen –, doch endete mit ihrem Abgang ein „hohe[s] Maß an Kontinuität“ im Trägerverein¹⁸⁵. All diese Ereignisse stellten Anreize dar, die bisherige Arbeit kritisch zu hinterfragen. Dass sie nicht im Tagesgeschäft versandeten, lag am Jubiläum. Es bot den Anlass, die aufgetauchten Fragen ganz grundsätzlich in einem besonderen Format zur Diskussion zu stellen.

Mitte Februar 1991 verschickte das FIAB die Einladung zur Tagung „Aufgaben der Arbeiterbildung in der neuen deutschen Republik“. Dieser Titel markierte den Bruch, welchen die Wiedervereinigung darstellte, sehr deutlich, setzte die ‚Arbeiterbildung‘ aber als einen Kontinuitätsfaktor dagegen. Sie sollte eine Antwort darauf liefern, wie die „Arbeitnehmer“ der ehemaligen DDR „in die westeuropäische Industriegesellschaft demokratisch integriert werden können“, wobei es galt, „den Prozeß der Integration mit dem Prinzip der Selbstbestimmung [zu] verbinden.“¹⁸⁶ Wie bei der Gründung des FIAB diente erneut die Bezugnahme auf eine Problemregion als Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit der ‚Arbeiterbildung‘, und auch die an die Zielsetzung gekoppelten Schlagworte wie „Integration“ und „Selbstbe-

¹⁸³ Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 16. Vorstandssitzung, 4. November 1988, S. 4, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

¹⁸⁴ Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 37. Vorstandssitzung, 19. November 1999, S. 5f. sowie Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 40. Vorstandssitzung, 23. November 2000, S. 7, beide in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

¹⁸⁵ K. J. [Kurt Johannson], In eigener Sache, in: BIK 9 (1990), S. 1–3, hier S. 1.

¹⁸⁶ Kurt Johannson, Hermann Korte, Udo Wichert, Einladungsschreiben zur Fachtagung „Aufgaben der Arbeiterbildung in der neuen deutschen Republik, 15.02.1991, S. 1, in: AHGR FIAB Ordner 9.6.1.201.

stimmung“ klangen vertraut. Und doch mochte die eingehende Beschäftigung eines auf das Ruhrgebiet verpflichteten Instituts mit dem Osten Deutschlands verwundern. Tatsächlich aber sahen die Träger des Instituts in der Wiedervereinigung eine Chance, neue Forschungsaufträge für das FIAB einzuwerben. Der neue RUB-Rektor Wolfgang Maßberg unterstützte die Tagung gar ausdrücklich, weil sie ihm „besonders geeignet erscheint, daß [sic!] Interesse des FIAB an den Problemen in den neuen Bundesländern zu signalisieren.“¹⁸⁷

Überraschenderweise hatte die FIAB-Spitze aber im ersten Teil der Einladung Zweifel geäußert, ob die Arbeiterbildung dazu überhaupt noch in der Lage war. Denn als weiteren „Problem-Komplex“ hatten die Einladenden „die in vielfältige Teilbereiche ausdifferenzierte Bildung für Arbeitnehmer“ identifiziert. Hinsichtlich der Arbeiterbildung warfen sie die Frage auf, „[i]nwiefern [...] die emanzipatorischen Ziele dieser Tradition in der heutigen Praxis eingelöst bzw. einlösbar“ seien¹⁸⁸. Dass das FIAB selbst zu diesem Problemkomplex beigetragen hatte, klang im Forschungsbericht des Jahres 1990 an. Demnach arbeiteten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts „mit einem Begriff von Arbeiterbildung [...], der jede Einengung auf bestimmte Bereiche der Bildungsarbeit mit Arbeitnehmern vermeidet“¹⁸⁹. Diese Einschätzung trifft sicher zu, zumal sich das FIAB schon in den frühen 1980er Jahren zur Methodologie der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft bekannt hatte und aufgrund der Drittmittelabhängigkeit nur eine begrenzte Themenhoheit besaß. Interessant sind zwei Punkte. Die Zeilen im Forschungsbericht lesen sich, als sei der FIAB-Belegschaft diese Erkenntnis erst im Rückblick auf die geleistete Forschungsarbeit gekommen. Zum andern scheint in dem Bericht ein Bewusstsein für den Preis auf, den das FIAB für die Entgrenzung des Arbeiterbildungsbegriffs zu zahlen hatte. Denn die „Frage nach dem emanzipatorischen Gehalt von Arbeiterbildung“ betraf laut den Mitarbeitern „ein[en] zentrale[n] Aspekt des Selbstverständnisses der Forschungstätigkeit am FIAB“¹⁹⁰.

Laut dem knappen Tagungsbericht entbrannte über die Arbeiterbildung eine Debatte, in der einerseits „die Bedeutung des Klassenbegriffs für die Bestimmung interessenbezogener Arbeiterbildung“ infrage gestellt, andererseits die bisherige Nichtbeachtung „anthropologische[r] Widersprüchlichkeiten menschlicher Exis-

¹⁸⁷ Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 19. Vorstandssitzung, 29. November 1990, S. 4, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

¹⁸⁸ Johansson, Korte, Wichert, Einladungsschreiben, 15.02.1991, S. 1.

¹⁸⁹ Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Forschungsbericht 1990, Forschungsplan 1991, S. 3, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

¹⁹⁰ Ibid.

tenz“ bemängelt wurde¹⁹¹. Was genau darunter zu verstehen ist, sei zunächst einmal dahingestellt. Wichtig ist, dass auf der Tagung offensichtlich ganz andere Kritikpunkte am Arbeiterbildungsbegriff vorgebracht wurden als die FIAB-Führung in ihrer Einladung angesprochen hatte. Überraschen konnte dies indes nicht, da mit Rainer Zoll und dem Preiss-Nachfolger Karlheinz Hiesinger zwei Referenten geladen waren¹⁹², die sich gemeinsam mit Walter Riester, Wolfgang Schroeder und anderen eine Modernisierung der Gewerkschaften samt deren Bildungsarbeit auf die Fahnen geschrieben hatten¹⁹³.

Die Tagung löste ungeahnte Entwicklungen im Institut aus. Auf der Vorstandssitzung des Trägerverss, die ein halbes Jahr später stattfand, eröffnete Kurt Johannson den Anwesenden, man habe „im Institut über die Möglichkeit seiner Umbenennung gesprochen“. Er führte laut Protokoll weiter aus:

Vielen erscheine der Begriff Arbeiterbildung unzweckmäßig, da er nicht per se die Angestellten einschlieÙe. Auch stehe er einer Kontaktaufnahme mit „neuen Angestellten-Arbeitnehmergruppen“ im Wege und sei hinsichtlich der neuen Bundesländer problematisch.¹⁹⁴

Das letzte Argument ist insofern interessant, als sich viele Ostdeutsche auch nach 1990 noch als ‚Arbeiter‘ verstanden¹⁹⁵. Ob diese neue Adressatengruppe Bedenken vorgebracht hatte, oder ob die westdeutschen Akteure mit ihrer klaren Präferenz für den Arbeitnehmerbegriff die Konfrontation mit einem realsozialistischen Arbeiterbegriff fürchteten, geht aus den Quellen nicht hervor. Auch wenn der Blick nach Osten kaum ausschlaggebend für die Diskussion sein konnte, verstärkte er doch schon länger vorhandenes Unbehagen am Arbeiterbildungsbegriff. Laut Udo Wichert hatte seine IG Bergbau und Energie bereits zehn Jahre zuvor mit der ungenauen Zielgruppendefinition des Begriffs gehadert¹⁹⁶. Tatsächlich war die Koppelung des Arbeiterbildungsbegriffs an die Methodologie der arbeitnehmerorientierten Wissenschaft von Beginn an ein spannungsreiches Konstrukt, das ‚Arbeiterbildung‘ von der eigentlichen Zielgruppe abstrahierte und auf eine bestimmte Herangehensweise festlegte. Zu Beginn der 1990er Jahre war ‚Arbeiterbil-

191 F. J. J. [Franz-Josef Jelich], Tagung: Aufgaben der Arbeiterbildung in der neuen deutschen Republik. 10./11. April 1991 in Recklinghausen, in: JABK 10 (1992), S. 237–238, hier S. 238.

192 Vgl. *ibid.*, S. 237.

193 Isolde Ludwig, *Jenseits von Traditionalisten und Modernisierern. Klassentheoretische, feministische und pluralistische Bildungskonzepte im Gewerkschaftsdiskurs*, Münster 1998, S. 27, 35, 147 f.

194 FIAB, Protokoll, 29.11.1991, S. 4.

195 Vgl. hierzu Peter Hübner, *Arbeiterklasse als Inszenierung? Arbeiter und Gesellschaftspolitik in der SBZ/DDR*, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 199–223, hier S. 201.

196 Vgl. FIAB, Protokoll, 29.11.1991, S. 4.

dung‘ „ein in der Alltagssprache mißverständlicher“ Begriff¹⁹⁷ und der „Kampf um die Benennungsmacht über die soziale Welt“ begann¹⁹⁸.

Zur Verteidigung des Begriffs gegen diese rein pragmatischen Einwände konnte Johansson nur dessen Verweiskfunktion auf die „historische Dimension“ anführen¹⁹⁹. Schon bei der Gründung hatte dieser Aspekt eine Rolle gespielt. Damals hegte man gar die Hoffnung, nicht etwa aus soziologischen Ansätzen, sondern aus der Geschichte der Arbeiterbildung eine Theorie derselben schöpfen zu können²⁰⁰. Zwar hatte Bernd Faulenbach in einem seiner ersten Projekte am FIAB mit zeitgenössischen Akteuren über Brüche und Kontinuitäten der Arbeiterbildung der Zwischen- und Nachkriegszeit diskutiert und die Relevanz für die Institutsarbeit zu eruieren versucht²⁰¹, doch verlagerte sich seine Arbeit immer mehr hin zu seinem zweiten Aufgabenfeld, der „Geschichte in der Arbeiterbildung“²⁰². Für ihn als Historiker tat sich hier ein reizvolleres Aufgabenfeld auf, wie die Pläne zu Beginn der 1980er Jahre zeigen. Kurzzeitig stand etwa die „Übernahme und Weiterführung des Lusir-Projektes“ zur Debatte²⁰³, doch lehnte das Wissenschaftsministerium die Pläne zur Errichtung einer „Zentralstelle für Oral History und Arbeitergeschichtsforschung“ am FIAB aus Kostengründen ab²⁰⁴. Insgesamt war die historische Fundierung der Arbeiterbildung zu Beginn der 1990er Jahre nur schwach ausgeprägt. Ohnehin ließ der neue Rektor der RUB, seines Zeichens Maschinenbauingenieur, Johannsons Argument überhaupt nicht gelten, sondern verwarf den Arbeiterbildungsbegriff, gerade weil es sich um „eine historische Kategorie“ handelte. Während Bernd Faulenbach ebenfalls eine Namensänderung befürwortete, warnte Hans-Helmut Weigmann, der als rechte Hand der Rektoren seit Beginn an der Arbeit des Trägervereins beteiligt war, vor einer vorschnellen Kapitulation vor

197 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Forschungsbericht 1991, Forschungsplan 1992, S. III, in: RUB-Archiv R03 Nr. 98.

198 Raphael, *Verwissenschaftlichung*, S. 168.

199 FIAB, Protokoll, 29.11.1991, S. 4.

200 Vgl. FIAB, Forschungsbericht 1981/82, S. 13 f.

201 Vgl. Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Arbeiterbildung in der Weimarer Republik und in der Nachkriegszeit. Kontinuität und Diskontinuität*, unter Mitarbeit von Jörg Höhfeld, Recklinghausen 1984.

202 Vgl. Bernd Faulenbach, *Die Geschichte in der Arbeiterbildung*, in: BIK 1 (1982), S. 11–27.

203 Bernd [Faulenbach], *Arbeitsvorhaben im Arbeitsschwerpunkt „Geschichte der Arbeiterbildung, Geschichte in der Arbeiterbildung“*, 19.2.[1982], S. 2, in: RUB-Archiv R03 Nr. 96. Das Akronym LUSIR steht für das große Forschungsvorhaben „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet“, das von Lutz Niethammer geleitet wurde. Vgl. Caspers et al., *Ruhrgebietsliteratur*, S. 296–301.

204 Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen an den Geschäftsführenden Vorstand des Forschungsinstituts für Arbeiterbildung e. V. Herrn Rektor Professor Dr. Knut Ipsen, 29. Nov. 1982, in: RUB-Archiv R03 Nr. 96.

dem „Zeitgeist“²⁰⁵. Letztlich sollte es noch zehn weitere Jahre dauern, bis das Institut einen neuen Namen erhielt. Umbenannt wurde vorab die Institutszeitschrift. Der unscheinbare Titel „Beiträge – Informationen – Kommentare“ wurde durch „Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur“ ersetzt. Bernd Faulenbach hielt diesen Dreiklang auch als Institutsname für angebracht, da sich darin die Tätigkeitsfelder des FIAB widerspiegeln²⁰⁶. Der Akteur ‚Arbeiter‘ hatte darin keinen Platz mehr, als Selbstreferenz sollten nun drei Strukturbegriffe dienen, die das potentielle Wirkungsfeld des Instituts völlig universalisiert hätten²⁰⁷.

Die Abwendung vom ‚Arbeiter‘ erfolgte dabei ganz bewusst und wurde auch vom weiteren Umfeld des FIAB mitvollzogen. ‚Arbeiter‘ wie auch ‚Angestellte‘ erschienen aber nicht nur als „Begriffe der Vergangenheit“²⁰⁸. Ein fundamentales Argument führte Wilke Thomssen, Mitglied des FIAB-Kuratoriums, ins Feld. Ganz im Geiste des *linguistic turn* ging er von der Prämisse aus, beim ‚Arbeiter‘ handele es sich um einen „Klassifikationsbegriff, der eine Zuschreibung vornimmt, also Menschen in bestimmten Arbeits- und Lebenssituationen ‚definiert‘.“ Die Definitionsmacht liege aber ausschließlich bei den „großen Theoretiker[n]“ und deren Theorien, während die so Bezeichneten „als Akteure und Opfer unter diesen Wahrheitsanspruch fielen.“²⁰⁹ Hier klingt bereits an, dass es sich bei der Rede vom ‚Arbeiter‘ um eine Zumutung für die Betroffenen handelte, da sie gemäß den Vorgaben der Theorien handeln mussten, um sie durch den praktischen Vollzug als wahr zu erweisen²¹⁰. Im nächsten Schritt setzte Thomssen zu einer radikalen Beschränkung der Begriffsreichweite von ‚Arbeiter‘ an, die in der Aussage gipfelte,

daß der Arbeiter oder Arbeitnehmer nur noch das ist, was die Handlungen oder Handlungsstrategien der Gewerkschaften aus ihm machen. Ich bin Arbeiter oder Arbeitnehmer nur insofern und in dem Maße, als ich als Arbeitender in den gewerkschaftlichen Strategien und Handlungen symbolisch vorkomme. Nur das an mir ist Arbeitnehmer, was von den Gewerkschaften vertreten wird, im übrigen bin ich alles andere.²¹¹

205 FIAB, Protokoll, 29.11.1991, S. 4.

206 Ibid.

207 Als der Name später erneut ins Gespräch gebracht wurde, kritisierte der Historiker Dietmar Petzina, damals Rektor der RUB, den damit verbundenen Anspruch als „sehr hoch“. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 38. Vorstandssitzung, 5. April 2000, S. 5, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

208 Gerd Hurrle/Franz-Josef Jelich (Hrsg.), ‚Arbeiter‘, ‚Angestellte‘ – Begriffe der Vergangenheit?, Marburg 1996.

209 Wilke Thomssen, Hermeneutik versus Wissenschaft – Bildung als diskursives Verstehen, in: JABK 11 (1993), S. 97–112, hier S. 97.

210 Vgl. *ibid.*, S. 98 f.

211 *Ibid.*, S. 99.

‚Arbeiter‘ wie auch ‚Arbeitnehmer‘ wiesen für Thomssen keinen lebensweltlichen Erfahrungsgehalt auf, er sah in ihnen nicht mehr als eine Sprachfunktion. Auf dieser Grundlage kam er zum Schluss, selbst Gewerkschaften sollten „die Besucher ihrer Veranstaltungen“ nicht länger auf diese Weise adressieren. „Angemessener wäre es, sie schlicht als Bürger und Bürgerinnen zu akzeptieren, mit denen ein politischer Diskurs über konsensuelle und nicht-konsensuelle Themen geführt wird.“²¹² Dass auch der Bürgerbegriff auf gleiche Weise dekonstruierbar ist, problematisierte Thomssen interessanterweise überhaupt nicht. Immerhin operierte jener, anders als der kollektiv überformte Arbeiterbegriff, auf der gleichen Ebene wie der von Thomssen präferierte Subjektbegriff. Ähnlich wie der Soziologe Ditmar Brock führte auch Thomssen das Subjekt als kleinste und damit nicht hintergehbare epistemologische Einheit ein²¹³, denn „das, was wir den Bildungsprozeß eines Menschen nennen, vollzieht sich je individuell im einzelnen Subjekt.“²¹⁴ Am Ende seines Argumentationsgangs blieb von der ‚Arbeiterbildung‘ eigentlich nichts mehr übrig, zumal er die Gewerkschaften implizit in die Rolle des Gegners der Subjekte gedrängt hatte.

Was Thomssens Ausführungen vermissen ließen, war eine „sorgfältige Analyse der Aktivitäten des ‚traditionellen‘ Klassengegners“. Dieses Manko hatte schon fünf Jahre zuvor der Erziehungswissenschaftler Peter Alheit, wie Thomssen Professor an der Universität Bremen, in einem Artikel in der FIAB-Zeitschrift als Charakteristikum all jener Ansätze beklagt, die das Ende der Arbeiterbewegung ausriefen. Zwar räumte auch er „einen Prozeß der schleichenden ‚Klassen-Entbildung‘“ ein, doch schob er präzisierend hinterher, die Empirie deute „gewiß nicht auf eine ökonomische, aber doch auf eine soziale und ideologische Klassendekonstruktion“ hin²¹⁵. Für Alheit war die Adressierung von Menschen als ‚Arbeiter‘ oder ‚Arbeitnehmer‘ folglich keine sprachliche Zumutung seitens der Gewerkschaften oder Theoretiker, sondern ein passender Indikator für die Fortexistenz des Klassengegensatzes. Dieser wirkte als sozialer Faktor unabhängig davon, ob er benannt oder verschwiegen wurde. Was hatte es zu bedeuten, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FIAB nun auf die Strukturbegriffe Arbeit, Bildung und Kultur setzen wollten?

212 Ibid., S. 100.

213 Vgl. Brock, Der schwierige Weg, S. 32f.

214 Thomssen, Hermeneutik, S. 102.

215 Peter Alheit, Arbeit, Lebensweise und Kultur. Zur Veränderung der sozialen Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, in: BIK 7 (1988), S. 22–52, hier S. 32, 43.

9.3.2 Kultur, Identität, Subjekt

Eine besondere Beachtung der Kultur hatte schon Reimut Jochimsen auf der Gründungsversammlung des FIAB eingefordert. Doch erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gewann das Thema in der Institutsarbeit an Prominenz. 1987 veröffentlichte Bernd Faulenbach einen Problemaufriss, um die Herausforderungen zu benennen, mit denen sich die Arbeiterbildung konfrontiert sah:

Arbeitszeitverkürzung für breite Arbeitnehmergruppen führt zum Anwachsen von Freizeit, auch zu einer relativen Abnahme der Bedeutung von Arbeit. [...] Da Arbeit bislang in unserer Gesellschaft in mancher Hinsicht den Kern persönlicher Identität prägt, stellt sich die Frage, wie Identität neu gestiftet werden kann. [...] Können Bildung und Kultur Ersatz für Arbeit sein und Lebenssinn stiften?²¹⁶

Arbeit, Bildung und Kultur erkannte Faulenbach als identitätsstiftenden Faktoren Funktionsäquivalenz zu. Bildung und Kultur konnten folglich als Kompensation für Arbeit wirken²¹⁷, ja diese letztlich überflüssig machen, mussten dafür aber „eine Eigenwertigkeit erhalten“²¹⁸. In Faulenbachs Ausführung sind mithin schon Argumentationsstrukturen angelegt, auf die später Wilke Thomssen zurückgreifen sollte. Auch die Sonderstellung, die Faulenbach der Identität als Richtgröße der Bildungsanstrengungen einräumte, erinnert an die prominente Verwendung des Subjektbegriffs bei Thomssen. Identität wie auch Subjekt fungierten in beiden Entwürfen als Kontinuitätsanker, und beide Male spielte das jeweilige Geschichtskonzept hierbei eine entscheidende Rolle. Thomssen wollte, wie viele seiner Zeitgenossen, zu Beginn der 1990er Jahre nicht mehr an ein „utopisches Projekt“ glauben, wobei er nicht nur die Versprechungen des Sozialismus, sondern der gesamten Aufklärung abschrieb. Wenn aber „Aufklärung weder Versöhnung noch Erlösung sein kann“, blieb seiner Meinung nach nur noch die „Aufgabe [...], uns immer wieder neu zu beschreiben“²¹⁹. Thomssen richtete seinen Blick sehr stark auf die Offenheit der Zukunft. Es lag folglich in den Händen der Zeitgenossen, sich in einem freien Diskurs über die Art des künftigen Zusammenlebens zu verständigen. Dem Blick zurück in die Geschichte schrieb er dabei die Funktion des negativen Korrektivs zu. Ziel war es, „aus der kritischen Bestimmung des Schlechten

²¹⁶ Bernd Faulenbach, Arbeiterbildung zwischen Traditionalismus und Technizismus. Zur Frage eines zeitgemäßen Konzeptes, in: BIK 6 (1987), S. 26–41, hier S. 32.

²¹⁷ Vgl. Kurt Johansson/Franz-Josef Jelich, Thesen zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit, in: BIK 7 (1988), S. 101–107, hier S. 104.

²¹⁸ Ibid., S. 38.

²¹⁹ Thomssen, Hermeneutik, S. 110.

heraus Wege zum Guten zu suchen“²²⁰. Faulenbach hatte dagegen zu Beginn der 1980er Jahre auf eine positive „Aneignung von Tradition“ als „eine wesentliche Komponente der Identitätsbildung“ gesetzt, der Geschichte als einer Art Problemgeschichte der Gegenwart zugleich aber auch eine kritische Funktion zugewiesen²²¹. Wenn Faulenbach gegen Ende des Jahrzehnts der Kultur mehr Gewicht zumaß, so war es also zunächst nur eine Verschiebung, die Geschichte und Kultur betraf.

Tatsächlich bewegten sich seine Überlegungen 1987 trotz allem noch in den Bahnen der traditionellen ‚Arbeiterbildung‘. Wie Alheit ging er im Anschluss an Josef Mooser von der Fortexistenz des Proletariats aus, er setzte weiterhin auf Negts Ansatz der „soziologischen Phantasie“ als Instrument zur Änderung der herrschenden Verhältnisse und er rückte die „Frage der Machtstrukturen“ in den Mittelpunkt der Arbeiterbildung²²². Die Einführung der neuen Technologien, auf die der zweite Teil seines Titels verwies, und die damit verbundenen Entwicklungen schlugen sich in drei Punkten nieder. Faulenbach betonte aufgrund der wachsenden Freizeit die Notwendigkeit, in der Arbeiterbildung die „Wechselbeziehung“ zwischen betrieblichem und außerbetrieblichem Bereich zu „reflektieren“²²³. Ruft man sich den ursprünglich geplanten Schwerpunktbereich der stadtteilnahen Arbeiterbildung in Erinnerung, stellte auch diese Forderung kein allzu großes Novum dar. Neu war hingegen die Betonung der „Spannung zwischen individueller Selbständigkeit und kollektiven Interessen“, welche die Arbeiterbildung „zum Thema [...] machen und damit produktiv [...] gestalten“ sollte²²⁴. Schon früher hatte sich das FIAB zwar zur „Befähigung zu individuellem und kollektivem Handeln“ bekannt, doch wurden beide damals als komplementär angesehen²²⁵. Das Eingehen auf die „Subjektivitätspotentiale“ der Einzelnen war dabei nicht rein defensiv, sondern lag auch im Interesse der Gewerkschaften, die, ganz ähnlich wie die Unternehmen, ihre Ziele dadurch besser durchzusetzen hofften²²⁶. Von besonderer Bedeutung ist der dritte Punkt. Faulenbach erwartete von der Arbeiterbildung, „daß in diesem Begriff ein Bewußtsein historischer Veränderung und Veränderbarkeit von Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist.“²²⁷ Dies hört sich zunächst nicht allzu brisant an, stellte die „Veränderbarkeit von Gesellschaft“ doch die Grundannahme der Arbeiterbewegung dar. Zweifel an dem damit verbundenen Fortschrittsglauben säte je-

220 Ibid.

221 Faulenbach, *Geschichte in der Arbeiterbildung*, S. 14.

222 Vgl. Faulenbach, *Arbeiterbildung zwischen Traditionalismus und Technizismus*, S. 36 f.

223 Ibid., S. 38.

224 Ibid., S. 37.

225 O. V., *Aspekte der Forschungsarbeit*, S. 3.

226 Vgl. Johannson, *15 Jahre gewerkschaftliche Arbeiterbildung*, S. 22.

227 Faulenbach, *Arbeiterbildung zwischen Traditionalismus und Technizismus*, S. 38 f.

doch der Verweis auf das „Bewußtsein historischer Veränderung“, der die Kontingenz von Geschichte und die Offenheit der Zukunft herausstellte. Die in dieser Aussage dargelegte Funktion von Geschichte näherte sich folglich der Position von Thomssen an, da sie die Plausibilität von Traditionsstiftung unterminierte. Nicht von ungefähr vollzog sich der „Übergang von der Arbeiter- zur Subjektbildung“ der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als „Konflikt zwischen ‚Traditionalisten‘ und ‚Modernisierern‘“, wobei Letzteres eine Selbst-, Ersteres eine pejorative Fremdbezeichnung darstellte²²⁸. Ambivalenz zwischen Arbeiter- und Subjektbildung prägte nun auch die Zieldefinition, mit der Faulenbach seine Revision der ‚Arbeiterbildung‘ schloss. Sie sollte an „Selbstbestimmung, Partizipation und Solidarität“ orientiert sein²²⁹. Ein Begriff, der in diesem Dreiklang fehlte, war die Emanzipation, was insofern überrascht, als in den FIAB-Publikationen zuvor fast immer Partizipation in einem Atemzug mit Emanzipation genannt worden war.

In den folgenden Jahren verschoben sich die Gewichte weiter. 1988 konstatierte Faulenbach „[a]ngesichts des Fehlens von realen Gestaltungsräumen bzw. der Schwierigkeit grundlegender Veränderungen“ ein verstärktes Ausweichen auf „die kulturelle Ebene“²³⁰. Schon ein Jahr zuvor hatten Kurt Johannson und Franz-Josef Jelich ihre Hoffnung auf die „kulturelle Phantasie“ gesetzt²³¹, während Negt bekanntlich von einer „soziologischen Phantasie“ gesprochen hatte. 1993 sah Johannson viele Gründe „für eine Aufweichung des ökonomischen Paradigmas der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, wenn nicht gar für einen Wechsel“²³². Hier schlug ein Trend durch, der seit Ende der 1970er Jahre auch die Soziologie erfasst hatte: die „Kulturalisierung des Sozialen“²³³.

Ebenfalls im Jahr 1993 publizierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FIAB ihre überarbeiteten Thesen zur Arbeiterbildung, die sie auf der Tagung zwei Jahre zuvor vorgetragen hatten. Für Isolde Ludwig stellten sie einen Versuch dar, „kritisch“ an die Arbeiterbildung „anzuknüpfen“²³⁴. Tatsächlich finden sich in den FIAB-Thesen Gedanken, die der traditionellen Arbeiterbildung entstammen, und die Autorin und Autoren waren sichtlich bemüht, selbst die Bezüge zu dieser Tra-

228 Ludwig, *Jenseits von Traditionalisten*, S. 16 f. (Hervorhebungen gelöscht), 20.

229 Faulenbach, *Arbeiterbildung zwischen Traditionalismus und Technizismus*, S. 38.

230 Bernd Faulenbach, *Von der Klassenkultur zur Massenkultur? Zur Frage der historischen Einordnung der Arbeiterkultur*, in: BIK 7 (1988), S. 4–21, hier S. 15.

231 Johannson/Jelich, *Thesen zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit*, S. 103.

232 Kurt Johannson, *Gewerkschaftliche Arbeiterbildung zwischen reflexivem Wissen und Verwendungsbezug. Die Debatte über die Reform der Bildungsarbeit am Beispiel der IG Metall*, in: JABK 11 (1993), S. 119–140, hier S. 140.

233 Reckwitz, *Gesellschaft*, S. 85 (Hervorhebung gelöscht).

234 Ludwig, *Jenseits von Traditionalisten*, S. 11.

dition herauszustellen. ‚Arbeiterbildung‘ definierten sie als „interessenorientiert und arbeitsbezogen (im Sinne von Erwerbsarbeit)“, die als „Praxis des solidarischen Handelns [...] die Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ anstrebe. Die Zielgruppe fassten sie zu Beginn ihrer Abhandlung etwas enger, als dies 1980 der Fall gewesen war. Denn es sollten nur jene Teile der Arbeitnehmerschaft darunterfallen, die „in ihrer Teilhabe an Bildung und in ihrer sozialen, politischen, kulturellen und persönlichen Entfaltung eingeschränkt sind.“²³⁵ Schon bei der Problemanamnese zeigten sich deutlich die Einflüsse der Modernisierungsfraktion. Hatten Faulenbach und Alheit noch explizit auf die Existenz eines Proletariats in der Bundesrepublik verwiesen, war jetzt nur noch in einem Nebensatz die Rede vom Fortbestand der „Klassenbeziehungen“. Die Hauptaussage war nun dem Fakt vorbehalten, dass „[i]m Bewußtsein vieler Arbeitnehmer [...] der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital zu einem neben anderen Gegensätzen“ geworden sei²³⁶. Diese durch einzelne kritische Einschübe nur leicht gebremste Öffnung gegenüber neuen Gesellschaftsdeutungen ist charakteristisch für die Thesen. So legten die FIAB-Mitarbeiter ihr Augenmerk auf die „zunehmende Segmentierung“, die „wachsende[] Differenzierung“ sowie auf den „Prozeß realer bzw. vermeintlicher Individualisierung“²³⁷. Zwischen den Zeilen klangen also Zweifel an der Validität dieser Diagnosen an, doch letztlich hatte das Autorenteam diesen nichts entgegenzusetzen. Aufschlussreich ist, was Kurt Johansson Mitte der 1980er Jahre noch zum Deutungsmusteransatz geschrieben hatte, der in den 1970er Jahren in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zum Einsatz gekommen war: Diesem Ansatz lag die Prämisse zugrunde, dass „die Teilnehmer bei der Deutung ihrer Praxis herrschende Ideologien [übernehmen], die in verschieden starker Ausprägung ihr Bild von der Wirklichkeit auf bestimmte Weise verzerren.“ Die Lehrkräfte sollten daher aufzeigen,

daß sich falsche Vorstellungen und Ideen als notwendige Legitimation bestimmter Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dem Alltagsbewußtsein „aufdrängen“, aber sich gleichwohl als Handlungsbarrieren erweisen können, so z.B. wenn die Unterlegenheit der Arbeitnehmer gegenüber dem Kapital als strukturell und naturhaft vorgegeben ge-
deutet wird.²³⁸

Anstatt aber ihre Zweifel an der Validität der geläufigen Gesellschaftsdeutungen zum Ausgangspunkt des Bildungsprozesses zu nehmen, vollzogen die FIAB-Mitar-

²³⁵ Karin Derichs-Kunstmann/Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich et al., Thesen zu einer Neubestimmung der Arbeiterbildung in den 90er Jahren, in: JABK 11 (1993), S. 251–265, hier S. 252.

²³⁶ Ibid., S. 253.

²³⁷ Ibid., S. 253f.

²³⁸ Johansson, 15 Jahre gewerkschaftliche Arbeiterbildung, S. 12.

beiter die Wende zum Subjekt nach. Aufgrund der postulierten gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse erklärten sie „die Vorstellung eines einheitlichen Subjekts der Arbeiterbildung [für] unreal“. Folglich sahen sie, ganz wie Thomssen, die Arbeiterbildung nun vor der Aufgabe, „die differenzierten Interessen ihrer Adressaten kommunikativ zu ermitteln“. Auch sollten die Bildungsangebote der Arbeiterbildung künftig zielgruppenspezifisch gestaltet sein, ja „eine verstärkte Individualisierung“ wurde als Notwendigkeit ausgegeben²³⁹. Entsprechend gestaltete sich der Lernzielkatalog, der hauptsächlich auf „Persönlichkeitsbildung“ hin ausgerichtet war. Diese sollte „personelle Identität“ schaffen²⁴⁰, also nicht mehr, wie noch 1982 formuliert, „ein Bewußtsein sozialer Identität“²⁴¹, und im Weiteren die Kompetenzen „Kommunikations- und Diskursfähigkeit“, „Analyse- sowie Kritikfähigkeit“, „Solidarisierungsfähigkeit“, „Fähigkeit zur sozialen Phantasie“, „Verantwortungsfähigkeit“ sowie „Gestaltungsfähigkeit“ umfassen²⁴². Sieht man von der Solidarisierungsfähigkeit ab, hätte dieser Zielkatalog auch aus einem Managementratgeber stammen können.

Bis zu einem gewissen Grad ist diese Schwerpunktverlagerung nachvollziehbar. So hatte mit Karlheinz Hiesinger ein Fürsprecher der Modernisierer den Sitz im geschäftsführenden Vorstand des FIAB-Trägervereins übernommen. Überdies hatte die gewerkschaftliche Arbeiterbildung, wie Kurt Johannson rückblickend feststellte, lange Zeit „große Probleme mit der Kategorie des einzelnen“ gehabt, sodass methodisch ein Nachholbedarf bestand²⁴³. Andererseits drohten die FIAB-Thesen dieses Defizit nun überzukompensieren, was zu Lücken und Widersprüchen führte. Denn obwohl die Bildungsinteressen der Teilnehmenden im Mittelpunkt stehen sollten, obwohl von Interessendivergenzen als Normalfall ausgegangen wurde, sollte die Arbeiterbildung helfen, „die Segmentierungen, die unter Arbeitnehmern existieren, zu überwinden“, „das Bild einer neuen, gemeinsamen Gesellschaft [zu] entwickeln“, ja gar den „Absturz in Inhumanität und Selbstzerstörung zu vermeiden“²⁴⁴. Wie genau dies erreicht werden sollte, blieb aber offen. Weder bot ein Gegenkonzept, von dem heraus Kritik an den bestehenden Verhältnissen hätte mobilisiert werden können, Orientierung, noch spielten kollektive Akteure in den Thesen eine Rolle. Stattdessen bürdeten die Autorin und Autoren dem Subjekt die Verantwortung auf, „die Folgen des eigenen Handelns sowohl für die eigene Zukunft als auch letztlich für die Zukunft der ganzen Menschheit ab-

²³⁹ Derichs-Kunstmann et al., Thesen, S. 260, 263.

²⁴⁰ Ibid., S. 259.

²⁴¹ O. V., Aspekte der Forschungsarbeit, S. 3.

²⁴² Derichs-Kunstmann et al., Thesen, S. 259f.

²⁴³ Johannson, Gewerkschaftliche Arbeiterbildung, S. 135 (Zitat), 136.

²⁴⁴ Derichs-Kunstmann et al., Thesen, S. 262f., 258.

zuschätzen und dementsprechend nach ethischen Prinzipien verantwortlich zu handeln.“²⁴⁵ Emanzipation war in diesem Ansatz völlig ihrer materiellen Substanz verlustig gegangen, übrig blieb eine rein prozedurale Konzeption, die darauf setzte, dass allein schon individuelle Diskursfähigkeit den gewünschten Effekt zeitigen werde.

Auf diesen unvermittelten Sprung vom Konkreten zum Universellen stößt man in den Thesen immer wieder. Er sorgte dafür, dass die sich angeblich aus ihren „Zielgruppen“, „Bildungsziele[n], Inhalte[n] und Methoden“ ergebende Eigenständigkeit der ‚Arbeiterbildung‘ Stück für Stück verloren ging²⁴⁶. Aus der Behauptung, es existiere kein einheitliches Subjekt der Arbeiterbildung, folgte gegen Ende ihres Textes eine allumfassende Zielgruppenbestimmung:

Arbeiterbildung richtet sich in erster Linie an die abhängig Beschäftigten (weiblich wie männlich) und ihre Familien, sowie an diejenigen Menschen, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen (z. B. Arbeitslose), es in absehbarer Zeit wieder tun wollen (z. B. Hausfrauen bzw. Hausmänner) bzw. die es in einem anderen Lebensabschnitt getan haben (Rentnerinnen und Rentner).²⁴⁷

Es stellt sich die Frage, an wen sich die Arbeiterbildung eigentlich nicht richtete, zumal der Verweis „in erster Linie“ beliebige Ausweitungen zuließ. Inhaltlich sollte sie „die Gesamtheit aller Lebensverhältnisse“ erfassen, politisch alle regionalen, nationalen sowie europäischen Probleme behandeln und schließlich noch „die Dimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft [...] umfassen“²⁴⁸. Am Ende konnte man leicht zu dem Schluss kommen, dass sich Arbeiterbildung höchstens noch marginal von der Erwachsenenbildung unterschied.

Ohne Zweifel verfügte die Individualisierungsthese über große Wirkmacht, der sich auch die FIAB-Beschäftigten nur schwer entziehen konnten. Und doch hatte ihnen Peter Alheit wenige Jahre zuvor schon Gegenargumente geliefert. Das Diktum Ulrich Becks aufgreifend, wonach Karl Marx selbst ein Verfechter der Individualisierung gewesen sei, verwies Alheit auf die Herausforderung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, aus proletarisierten Individuen eine Klasse zu schmieden. Seine Erkenntnis lautete daher: „Individualisierung‘ ist also keine neue Erfahrung für die Arbeiterklasse.“ Im Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen, bei denen es sich seiner Meinung nach um proletarisierte akademische Schichten handelte, sah Al-

²⁴⁵ Ibid., S. 259 f. Vgl. zu dieser Kritik bereits Ludwig, *Jenseits von Traditionalisten*, S. 165 f.

²⁴⁶ Derichs-Kunstmann et al., *Thesen*, S. 252.

²⁴⁷ Ibid., S. 260.

²⁴⁸ Ibid., S. 262.

heit eine historische Parallele, welche eine Chance zur Erneuerung der Arbeiterbewegung bot²⁴⁹.

Warum aber findet sich im Thesenpapier nicht der geringste Hinweis auf diese Möglichkeit? Einen Anhaltspunkt liefert ein internes Arbeitspapier, das Kurt Johannson Mitte 1998 verfasste. Gleich zu Beginn erinnerte er an die Ausgangsfrage, die den Thesen zu Beginn der Dekade zugrunde gelegen sei: „Geht der Arbeiterbildung das Subjekt verloren?“ Aus seiner Sicht hatte sich die Situation seither „dramatisch verändert“, denn schon bisher seien „34 Millionen Stellen ersatzlos weggefallen“, während weitere „10 Millionen Arbeitsplätze“ der Rationalisierung zum Opfer zu fallen drohten. Doch damit nicht genug. Er führte Prognosen aus den USA an, wonach künftig nur noch jede und jeder fünfte Erwerbsfähige einen Arbeitsplatz finden werde²⁵⁰. Gegen ein solches Bedrohungsszenario hätte auch eine erfolgreiche Integration der neuen sozialen Bewegungen in die ‚Arbeiterklasse‘ nichts ausrichten können. Ein zweiter Grund dürfte in der Einbindung des FIAB in den universitären Wissenschaftsbetrieb gelegen haben. Wie erwähnt, hielt der neue Rektor der RUB ein Festhalten an einer historischen Kategorie schlichtweg für indiskutabel. Dies ist insoweit verständlich, als die wissenschaftliche Logik dem Neuen einen inhärenten Wert zuerkennt. Sich in der innergewerkschaftlichen Bildungsdebatte auf die Seite der Traditionalisten zu stellen, wäre folglich inopportun gewesen. Selbst Kurt Johannson, der so eng mit dem Sprockhöveler Modellseminar und dem Deutungsmusteransatz verwoben war²⁵¹, ließ sich auf die Frage ein, „inwieweit [...] Modelle und Deutungsmuster aus den 70er Jahren – zwanzig Jahre danach – Denken und Handeln der Gewerkschafter/innen noch hinreichend zu orientieren vermögen“²⁵². Und doch überrascht, wie wenig Resilienz das FIAB nur ein Jahr nach dem Ausscheiden von Hans Preiss gegenüber den Modernisierungsbestrebungen aufzubringen vermochte.

9.3.3 Arbeiterbildung in der neuen Republik

Auch ohne formelle Umbenennung des Instituts vollzogen sich in den folgenden Jahren Absetzbewegungen von dem ursprünglichen Untersuchungsgegenstand. Im Arbeitsbereich „Betriebliche Weiterbildung“ etwa konnte das VW-Projekt nicht

²⁴⁹ Vgl. Alheit, Arbeit, Lebensweise und Kultur, S. 39 (Zitat), 42f.

²⁵⁰ Kurt Johannson, Arbeitsschwerpunkt: „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit / Kulturelle Bildung“. Arbeitsperspektiven, Stand Juni 1998, S. 1 (Zitate), 2, 3 (Zitat), in: AdsB Bestand FIAB, Ordner JF Kongresse FIAB-AKs.

²⁵¹ Zur Kritik daran vgl. Ludwig, Jenseits von Traditionalisten, S. 87f.

²⁵² Johannson, Gewerkschaftliche Arbeiterbildung, S. 126.

fortgeführt werden. Stattdessen gelang es Michael Schuler, EU-Fördermittel zu akquirieren, die dem Institut aber auch keine dauerhafte finanzielle Sicherheit boten²⁵³. Inhaltlich kamen mit diesen Projekten zwar das Ruhrgebiet und die Montanindustrie zurück auf die Tagesordnung, aber es waren nun Industrien in Abwicklung. Gefragt waren Qualifizierungsmaßnahmen für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Bergleute ebenso wie für die ehemaligen Stahlarbeiter von Rheinhausen. Letztere sollten in ausgegründeten kleinen und mittleren Unternehmen eine Anschlussverwendung finden. Für diese neuen Unternehmen entwickelte das FIAB Kurse für das Management, ebenso wurde die Zukunft der Meisterwirtschaft untersucht²⁵⁴. Solche Bildungsmaßnahmen hatten nichts mehr mit der klassischen ‚Arbeiterbildung‘ gemein, doch fügten sich diese Forschungsvorhaben sehr gut in das Konzept der Modernisierer ein. Sie hatten gar nicht mehr den Anspruch, das kapitalistische System zu überwinden, sondern verschrieben sich der Idee, den Kapitalismus zu managen²⁵⁵. Schulers Arbeitsbereich lieferte damit, anders als noch beim VW-Projekt, keine empirischen Belege mehr für die Fortexistenz der Arbeiterschaft, sondern bestätigte vielmehr die Segmentierung der Arbeitnehmerschaft.

Kompetenzen, die aus der Erforschung arbeitnehmerspezifischer Fragen stammten, wurden folglich auf neue Themenbereiche transferiert. Der Arbeitsbereich von Bernd Faulenbach zeigte dagegen ein höheres Maß an Kontinuität. Sein großes Oral History-Projekt der 1990er Jahre beschäftigte sich mit dem Geschichtsbewusstsein von Arbeitnehmern in Ost- und Westdeutschland²⁵⁶ und widmete sich damit der klassischen Zielgruppe. Doch anders als in der Stahlwerkstudie der frühen 1980er Jahre waren die Rollen von Forschenden und Erforschten klar getrennt. Überdies pries das Forschungsteam nun die Herkunft der wissenschaftlichen Mitarbeiterin aus Ost- und ihres Kollegen aus Westdeutschland als Vorzug an. Dagegen wurden der *gender*- wie der *class*-Aspekt weder problematisiert noch als besondere Qualität herausgestellt²⁵⁷. Auch hatte sich die mit dem Projekt avisierte Funktion von Geschichte verändert, denn es sollte nicht mehr um Identitätsbildung und das Aufzeigen von Alternativen gehen, sondern eher um das Erstellen einer

253 Vgl. Klaus Dörre an die Mitglieder des FIAB-Vorstandes, 2. April 2001, Vorlage zum TOP Institutsreform, S. 5, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

254 Vgl. exemplarisch die vom Arbeitsbereich „Berufliche Weiterbildung im betrieblichen und regionalen Strukturwandel“ aufgeführten Projekte: FIAB, Forschungsbericht 1998, S. 19–36.

255 Vgl. Ludwig, *Jenseits von Traditionalisten*, S. 27 ff.

256 Vgl. Bernd Faulenbach/Annette Leo/Klaus Weberskirch, *Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewußtsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland*, Essen 2000.

257 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 26. Vorstandssitzung, 15. April 1994, S. 3, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103.

mental map der Arbeitnehmerschaft in Ost- und Westdeutschland. Damit konnten einerseits Differenzen dieser Gruppen aufgezeigt werden, aber es kam darin auch eine gewisse Skepsis den Untersuchungsobjekten gegenüber zum Ausdruck. Arbeitnehmer beziehungsweise Industriearbeiter, vor allem die ostdeutschen, waren als potentiell demokratiegefährdende Masse zurückgekehrt, die erst noch zu verlässlichen Staatsbürgern erzogen werden mussten. Diese Ergebnisse bewertete ein Rezensent als „[a]larmierend“²⁵⁸.

In der Tagesarbeit des FIAB wirkte der Arbeiterbildungsbegriff also auch in den 1990er Jahren noch untergründig fort. Und an anderer Stelle zeigte sich, dass mit ihm noch immer kritisches Potential verbunden war. Marktsemantiken hatten im Alltag des FIAB nun endgültig Einzug gehalten, und der Drittmittelanteil wie vor allem die DFG-Antragsfähigkeit waren als valide Kriterien wissenschaftlicher Exzellenz akzeptiert²⁵⁹. Statt der ursprünglich angestrebten Sozialisierung der Wissenschaft sah sich das FIAB nun mit deren Ökonomisierung konfrontiert. Vor allem Kurt Johansson kritisierte die „allgemeine Tendenz, Deutschland fast nur noch als Wirtschaftsstandort zu betrachten“, denn diese Entwicklung gehe auf Kosten der politischen Bildung, die wiederum ein integraler Bestandteil der traditionellen ‚Arbeiterbildung‘ gewesen war²⁶⁰. Johansson bemühte sich laut Protokoll, die Dinge wieder zurechtzurücken:

Wenngleich die Anzahl der eingeworbenen Drittmittelprojekte auch als Ausweis für die wissenschaftliche Bonität des Institutes gewertet werden könne, so dürfe das Drittmittelvolumen nicht der alleinige Bewertungsmaßstab für die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Institutes sein. Es müsse möglich sein [...], auch Forschungsfragen zu bearbeiten, die nicht in kostenstarke Projekte einfließen.²⁶¹

Als problematisch erwies sich jedoch, dass nun ausgerechnet die Gewerkschaften als Stütze wegzubrechen begannen. So deutete sich eine Orientierungskrise dieser Organisationen an. Selbst wenn die IG Metall 1983 eine Umfrage unter den Metallarbeitern zu deren Einstellung bezüglich der Wochenarbeitszeit beim FIAB in

258 Jan Philipp Sternberg, Rezension zu: Faulenbach, Bernd; Leo, Annette; Weberskirch, Klaus: *Zweierlei Geschichte. Lebensgeschichte und Geschichtsbewußtsein von Arbeitnehmern in West- und Ostdeutschland*. Essen 2000, in: H-Soz-Kult, 10.09.2000, <<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-533>> (11.08.2023).

259 Vgl. FIAB, Protokoll, 23.11.2000, S. 7.

260 Auch andere Beteiligte sorgten sich um die politische Bildung. Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 33. Vorstandssitzung, 21. November 1997, S. 4, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103 sowie Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 36. Vorstandssitzung, 23. April 1999, S. 2, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

261 Ministerium für Wissenschaft und Forschung an das Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., 23. Mai 1996, S. 1, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103.

Auftrag gegeben hatte, war für sie damals doch nie zur Debatte gestanden, dass eine Verkürzung auf 35 Stunden pro Woche der (einzig) richtige Weg war. Nun aber war es anders, wie eine Einlassung Siegfried Bleichers von der IG Metall verdeutlichte. Er ermunterte das FIAB, sich an der „gewerkschaftlichen Bildungsdebatte“ zu beteiligen, „weil die Bildungsarbeit mit dem Existenzkampf der Gewerkschaften zusammenhängt und deren Rolle in der Gesellschaft tangiert.“²⁶² Zugleich aber traten die Gewerkschaften ausgerechnet bei der Themensetzung im Forschungsinstitut immer weniger in Erscheinung²⁶³, und auch finanziell zogen sie sich zurück. Johansson machte deutlich, dass dies die Zukunft des FIAB aufs Spiel setzte. Das Wissenschaftsministerium erachte die Zahlungen der Gewerkschaften nämlich „als Mindestbeitrag“, durch den sie „ihre Bereitschaft dokumentieren, das Kooperationsprojekt Universität – Gewerkschaft zu tragen“. Johansson befürchtete ein Ende der Landeszuschüsse und damit ein Ende des Instituts, sollten der Regierung Zweifel am gewerkschaftlichen Engagement für das FIAB kommen²⁶⁴. Zu allem Unglück stellte überdies die gewerkschaftseigene Hans-Böckler-Stiftung ihre Förderprogramme um. Seit Mitte der 1990er Jahre finanzierte sie etwa keine Geschichtsprojekte mehr. Deutlich schwerer wog ihr Beschluss, sich 2002 völlig aus der institutionellen Förderung zurückzuziehen, die bis dahin einen beträchtlichen Anteil an den Mitgliedsbeiträgen des FIAB ausgemacht hatte. Als Kompensation bot sie zwar Projektförderungen an, die jedoch nicht in den ohnehin angespannten Grundhaushalt des FIAB eingehen konnten²⁶⁵.

9.3.4 Von der Emanzipation zur Partizipation

Das nahende Millennium brachte frischen Wind nach Recklinghausen. Kurt Johansson hatte erklärt, sich Ende 2000 aus Altersgründen von der Institutsleitung zurückzuziehen, und das FIAB-Kuratorium bekräftigte, das Institut umbenennen zu wollen. Widerstand regte sich nicht mehr²⁶⁶. Schließlich war es nun an der Zeit, „etwas Bezeichnenderes“ zu finden. Interessanterweise ging es den Beteiligten dabei zunächst weniger um einen zu den Forschungsschwerpunkten passenden

²⁶² Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 27. Vorstandssitzung, 25. November 1994, S. 6, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103.

²⁶³ Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung E. V., Protokoll über die 34. Vorstandssitzung, 14. Mai 1998, S. 3, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103.

²⁶⁴ Vgl. Kurt Johansson an Siegfried Bleicher, 24. Februar 1999, S. 1f., in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

²⁶⁵ Vgl. Nikolaus Simon, Hans Böckler Stiftung, an Dr. Kurt Johansson, 27. Januar 1999, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

²⁶⁶ Vgl. FIAB, Protokoll, 19.11.1999, S. 6.

Namen. Vielmehr sollte die neue Bezeichnung mit dem etablierten Logo und Kürzel FIAB vereinbar sein²⁶⁷. Dem musste sich auch der seit dem 15. Januar 2001 amtierende Direktor Klaus Dörre, der sich gegen 16 Mitbewerbende durchgesetzt hatte²⁶⁸, beugen. Sein Vorschlag „Institut für Partizipationsforschung“ wäre mit dem Kürzel „IPA“ einhergegangen – und daher ungeeignet²⁶⁹. Auf „Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation“ konnte man sich jedoch verständigen²⁷⁰, wenn auch „Partizipation“ im Akronym ironischerweise nicht abgebildet wurde.

Kurz vor seinem Abschied hatte Kurt Johannson ein recht wehmütiges Resümee gezogen und implizit vor den Konsequenzen der Umbenennung gewarnt. „Arbeiterbildung“, so führte er im Rückblick auf das Jahr 1980 aus, „war damals noch ein weithin akzeptierter Begriff.“ Für das Institut sei er zum „Zentralbegriff“ geworden, der auch den „Institutsauftrag“ definiert habe.

Es war dann auch dieses spezifische Profil des FIAB, das die Eigenständigkeit des Institutes bewahren half, und damit der Gefahr vorbeugte, mit anderen Instituten fusioniert zu werden, denn diese Diskussion gibt es auf der Ministerialebene durchaus, wie die [...] Vergangenheit zeigte.²⁷¹

Tatsächlich sollte sich mit dem neuen Namen einiges ändern. Die Neugestaltung der Institutsspitze erweckte dabei den Anschein, als wolle die Universität die Schmach, die die Berufung Johannsons für sie dargestellt hatte, nun rückwirkend tilgen. Johannson selbst war nie allzu glücklich mit der Einrichtung einer Doppelspitze gewesen, denn aus seiner Sicht hatte keiner der RUB-Professoren die Position des nebenamtlichen Direktors effektiv ausgefüllt²⁷². Dies war auch schon frühzeitig dem Trägerverein aufgefallen. Mitte 1987 hatte dessen geschäftsführender Vorstand daher Bernd Faulenbach mit den „Aufgaben der Stellvertretung des hauptamtlichen Institutsdirektors“ betraut, um mit diesem Schritt die „langjährig eingeübte[] Pra-

267 FIAB, Protokoll, 5.4.2000, S. 4f. (Zitat auf S. 4).

268 Vgl. Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die Außerordentliche Vorstandssitzung, 25. Oktober 2000, o. S., in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104 sowie FIAB, Protokoll, 23.11.2000, S. 1.

269 Dörre, Vorlage zum TOP Institutsreform, S. 5.

270 Forschungsinstitut für Arbeiterbildung e. V., Protokoll über die 41. Vorstandssitzung, 5. April 2001, S. 2, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

271 Vgl. FIAB, Protokoll, 25.11.2000, S. 3f.

272 Vgl. Dr. Kurt Johannson an Siegfried Bleicher, 11. März 1997, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103. Diese Sicht teilte auch Günter Brakelmann, der rückblickend auf die Schwierigkeit verwies, „mich in die laufende Arbeit einzuklinken.“ Prof. Dr. Günter Brakelmann an Kurt Johannson, 05.02.97, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 103.

xis“ zu sanktionieren²⁷³. Aus der erzwungenen Kohabitation mit den RUB-Professoren wurde Johannson jedoch erst am Ende seiner Amtszeit entlassen, denn nachdem Günter Brakelmann sein Amt endgültig niedergelegt hatte, wurde der zweite Direktorenposten nicht neu besetzt²⁷⁴. Als dann ein Nachfolger für Johannson gesucht wurde, dachten die Verantwortlichen zwar daran, die Doppellösung wieder aufleben zu lassen, doch bereiteten sie bereits eine Änderung vor. Da sie nun eine wissenschaftlich reputierliche Person gewinnen wollten, verlangten sie von den Bewerbern, „mindestens [eine] qualifizierte Promotion“ vorweisen zu können²⁷⁵. Ein 2001 erstelltes Evaluationsgutachten, das dem FIAB eigentlich in allen wichtigen Belangen gute Arbeit bescheinigt hatte, legte die Latte sogar noch höher: „Um die wissenschaftliche Leitung des Instituts nach innen wie nach außen zu stärken, sollte künftig nur zum Institutsdirektor berufen werden, wer in Wissenschaft und Forschung ausgewiesen und habilitiert ist bzw. habilitationsadäquate Leistungen nachweisen kann.“²⁷⁶ Da Klaus Dörre diesem Anspruch genügte, änderte der Trägerverein nicht nur den Institutsnamen, sondern gleich die Satzung. Seither war nur noch ein Direktor vorgesehen²⁷⁷.

Dies war ein unnötiger Affront gegen Johannson. Noch ein Jahr zuvor hatten die Gewerkschaften „massiv dagegen diskutiert“, künftig nur einen Hochschullehrer an die Spitze des FIAB zu stellen, weil sie um ihre Präsenz in der Institutsdirektion fürchteten²⁷⁸. Nur wenige Monate später stellte dies offensichtlich keine Priorität mehr für sie dar. Seit 2001 gab es für das FIAB somit nur noch einen Bezugspunkt: die Universität. Einen solchen Perspektivwechsel hatte schon das externe Evaluationsgutachten nahegelegt: „Die ursprüngliche Idee einer engen Zusammenarbeit insbesondere zwischen Ruhr-Universität und IG Metall hat sich aber nicht erfüllt. [...] Für eine wissenschaftlich lebendige und produktive Institutsarbeit ist der Austausch mit der Universität unverzichtbar.“²⁷⁹ Der Ressource ‚Arbeiter‘ wurde keinerlei wissenschaftlicher Mehrwert eingeräumt, stattdessen brach sich Selbstgenügsamkeit Bahn – die Wissenschaft war gewissermaßen epistemisch autark

273 Udo Wichert an Dr. Bernd Faulenbach, 28. Juli 1987, in: RUB-Archiv R03 Nr. 93.

274 FIAB, Protokoll, 23.4.1999, S. 3.

275 FIAB, Protokoll, 5.4.2000, S. 2f.

276 Arbeitsgruppe „Forschungsinstitut für Arbeiterbildung“, Stellungnahme zum Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (FIAB) – Institut an der Ruhr-Universität Bochum, Köln, 31. März 2001, S. 16, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104. In der abschließenden Förderempfehlung hieß es: „Die Arbeit des Instituts wird auch in Zukunft von hohem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wert sein.“ Ibid., S. 17.

277 Vgl. Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB), Satzung lt. Beschluss der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 20. Juni 2001, S. 6, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

278 Handschriftliche Notiz, JF. 11.4.2000, in: AdsB Bestand FIAB, Ordner JF Kongresse FIAB-AKS.

279 Arbeitsgruppe, Stellungnahme, 31. März 2001, S. 15.

geworden. Diesen Gedanken trug auch Klaus Dörre vor, wenn er von seinen Mitarbeitern einforderte, „sich an wissenschaftlichen Spitzenleistungen“ auszurichten, was seiner Meinung nach nur durch „eine größere Nähe zur Universität und die Herstellung der Akquisitionsfähigkeit bei Forschungsträgern“ zu erreichen war²⁸⁰. In dieser Argumentation waren Forschungsleistung und Drittmittelakquise eng verflochten, ja letztere erschien beinahe als das eigentliche Ziel des wissenschaftlichen Arbeitens. Völlig freiwillig war diese Prioritätenverschiebung jedoch nicht. Denn nicht nur das FIAB, auch die Wissenschaftslandschaft überhaupt war unter Druck geraten, da der Finanzmittelzufluss seitens des Landes immer geringer wurde. Wissenschaftliche Exzellenz, dokumentiert am Drittmittelvolumen, war mithin zur Frage des Überlebens geworden²⁸¹.

Die Absatzbewegungen von der Tradition des FIAB führte Dörre mit aller Konsequenz durch, zumal der Vorstand des Trägervereins, dem seit der Fusion von IG BE und IG CPK mit Jürgen Walter ein Hauptvertreter der Modernisierer angehörte²⁸², mit seiner Berufung „die Erwartung einer wissenschaftlichen Neuprofilierung“ verbunden hatte²⁸³. Für Dörre deutete sich das „Ende sowohl einer gesellschaftlichen Umbruchperiode als auch eines wissenschaftlichen Deutungszyklus“ an, aus „der Hülle der alten Gesellschaft“ habe sich ein „[f]lexibler Kapitalismus“ geschält. „Klar ist jedoch, dass die Paradigmen der 80er Jahre immer weniger zur Erklärung der neuen gesellschaftlichen Realität taugen.“²⁸⁴ Daher konnte Dörre auch nicht mehr viel mit den ‚Arbeitern‘ anfangen:

In einer Gesellschaft, in der die klassischen Industriearbeiter zu einer – wenn gleich noch immer wichtigen – Minderheit geworden sind, lässt sich ein an Interessen abhängiger Arbeit ausgerichtetes Forschungsprogramm nicht mehr primär an dieser sozialen Gruppe ausrichten. Zugleich müssen wir nüchtern feststellen, dass auch der Begriff einer emanzipatorischen Arbeiterbildung inhaltlich entkernt ist. Auf ihm lässt sich ein zeitgemäßes Forschungsprogramm nicht mehr gründen. Das alte Anliegen, die Stellung abhängig Beschäftigter in der Gesellschaft zu verbessern, ist neu zu definieren. Es muss in ein neues wissenschaftliches Forschungsprogramm gegossen und in ein zeitgemäßes Institutprofil übersetzt werden.²⁸⁵

280 Vorlage zum TOP Institutsreform, S. 3.

281 Vgl. Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation, Protokoll der 44. Vorstandssitzung, 3. Juli 2002, S. 2 sowie dass., Protokoll der 45. Vorstandssitzung, 13. November 2002, S. 2, beide in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

282 Vgl. Ludwig, *Jenseits von Traditionalisten*, S. 149 ff.

283 Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation, Protokoll der 43. Vorstandssitzung, 5. Dezember 2001, Anlage: Powerpointpräsentation, S. 1, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

284 Vorlage zum TOP Institutsreform, S. 1 f.

285 Ibid., S. 2.

Immerhin bekannte er sich noch zu dem Ziel „der Teilhabe von ArbeitnehmerInnen [sic!] an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und Ressourcen“, das er mit dem Partizipationsbegriff in Verbindung setzte²⁸⁶. Doch auch hier folgte eine Relativierung auf dem Fuß, denn das eigentliche Ziel waren nun „jene Großthemen [...], die den gesellschaftlichen Diskurs auf absehbare Zeit beherrschen werden“. Er forderte von seinem Institut nun ein, was laut den Thesen von 1991 noch den Teilnehmenden von Arbeiterbildungsveranstaltungen vermittelt werden sollte: „die Erhöhung der Diskursfähigkeit“. Auch von dieser Maßnahme erhoffte sich Dörre „eine verbesserte Akquisitionsfähigkeit des Instituts.“²⁸⁷

Dass Dörre Partizipation eine solche Zentralität zuerkannte, verdeutlichte, dass sich nun der Wandel selbst als Status quo etabliert hatte. Ein auf Dauer gestellter Wandel war für Marx Charakteristikum des Kapitalismus, und auch Dörre hatte das Kapitalismuskonzept ja überhaupt erst in den Diskurs des FIAB eingeführt. Die zweite Orientierung, die Dörre leistete, ging in dieselbe Richtung und wirkte folglich als Verstärker. Es handelte sich um die Benennung des bisher abstrakt als „Strukturwandel“ oder „technologischer Wandel“ bezeichneten Prozesses als „Globalisierung“²⁸⁸. Direkt damit verbunden war eine Reorientierung auf die Kategorie Raum²⁸⁹, die ja schon konstitutiv für die Institutsgründung 1980 gewesen war. Nun aber sollte die Regionalisierung mit einem Blick auf die überstaatliche Ebene verknüpft werden. Hierin lag die Gefahr, dass der nationalstaatliche Rahmen, der sich als wichtiger Adressat, zugleich aber auch als Garant für eben jene geforderte Partizipation erwiesen hatte, dekonstruiert wurde, sofern er als irrelevant für den Globalisierungsprozess dargestellt wurde. Freilich ließe sich an den Globalisierungsbegriff auch ein kritisch aufgeladener Kapitalismusbegriff anschließen. In Dörres Ausführungen handelte es sich aber um ein Kapitalismuskonzept, das um die ‚Arbeiter‘ bereinigt war²⁹⁰. Fundamentale Kritik ließ sich auf dieser Grundlage

286 Ibid.

287 Ibid., S. 3.

288 Vgl. FIAB, Protokoll, 25.10.2000, S. 6.

289 Auch inhaltlich legte Dörre seiner Kapitalismuskritik eine Raummetapher zugrunde. Vgl. Klaus Dörre, Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders./Stephan Lessenich/Hartmut Rosa, Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, unter Mitarbeit von Thomas Barth, Frankfurt a. M. 2009, S. 21–86.

290 Mit Blick auf die Modernisierer merkte bereits Ludwig, Jenseits von Traditionalisten, S. 27, an: „Wenn von Kapitalismus geredet wird, hat diese Bezeichnung keine analytische Dimension mehr. [...] Damit wird das emanzipatorische Ziel der Arbeiterbewegung[,] die Überwindung kapitalistischer Herrschaft[,] zugunsten einer reformorientierten Modernisierungspolitik innerhalb des Kapitalismus, aufgegeben.“

nur schwer mobilisieren. Mit Dörre ging andererseits wieder eine Abkehr von der Kultur einher, denn als Leitthema war nun die „Zukunft der Arbeit“ auserkoren²⁹¹.

Trotz dieser Ausrichtung auf die Zukunft hatte Dörres Argumentation immer wieder zum Status quo und dessen Spielregeln zurückgeführt. Insofern war der Begriff Partizipation gut gewählt. Partizipation ist jedoch nur prozesshaft zu verstehen, in Aussicht gestellt wird der Akt der Teilhabe, wobei offenbleibt, ob er auch zu materiellen Resultaten führen wird. Auch Dörre war sich darüber klar, dass Partizipation lediglich eine „Richtung“ angebe²⁹². Was konzeptionell nun ganz fehlte, war der auf die Aufklärung zurückgehende Emanzipationsbegriff. Im Emanzipationsgedanken war die Vorstellung einer ungerechten Ordnung als negative Kontrastfolie angelegt, aus der es die Arbeiterschaft zu befreien galt. Der Akt der Befreiung bedeutete zugleich eine Transformation der bestehenden hin zu einer gerechteren Ordnung, an der die Arbeiterinnen und Arbeiter nun teilhaben konnten. Dörres Partizipationsbegriff ging jedoch von der Vorstellung der Exklusion aus, und die Validität dieser Vorstellung wurde, wie gezeigt, auch von den übrigen Beschäftigten des FIAB geteilt. Wollte man ein Bild wählen, so bedeutete Partizipation nun den immerwährenden Versuch, auf den immer schneller fahrenden Zug aufzuspringen und dort Halt zu finden, bis man wieder herunterfällt. Die Vorstellung, über das Ziel der Fahrt mitbestimmen zu können, rückt dadurch in weite Ferne.

Interessanterweise hatte Bernd Faulenbach im Januar 2000 ein internes Positionspapier vorgelegt, in dem sich kritische Töne gegenüber der Position der Modernisierer finden. Sein Ausgangspunkt bildete der „Verlust von Orientierungen, die Erosion von Traditionen, die Auflösung der ‚Gewißeiten‘ stabiler Weltbilder und das weitgehende Verblassen von Utopien“, die einen „extreme[n] Präsentismus“ nach sich zogen. Faulenbach verwarf auch keineswegs „gesellschaftliche Segmentierung, Differenzierung und Individualisierung“ als wirkmächtige Entwicklungstendenzen, doch nun sah er sie als Bedrohung „für die intermediären Gruppen und Institutionen, die für die Integration politisch-gesellschaftlicher Systeme von großer Bedeutung sind“²⁹³. Letzteres ist ein entscheidender Punkt, denn er stellte einen Hebel dar, die Gleichschaltung von Mikro- und Makroebene, die auch die Thesen von 1991 geprägt hatten, zu überwinden.

Zur wirklichen Entfaltung kamen aber weder Faulenbachs kritischer Einwurf noch Dörres Programm. 2004 nahm der neue Institutsdirektor einen Ruf an, der ihn

²⁹¹ Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation, Protokoll der 43. Vorstandssitzung, 5. Dezember 2001, S. 4, in: RUB-Archiv FIAB Nr. 104.

²⁹² Vorlage zum TOP Institutsreform, S. 2.

²⁹³ Bernd Faulenbach, Zu den Perspektiven der Institutsarbeit der nächsten Jahre, 3. Januar 2000, S. 4, 8, in: AHGR FIAB Ordner JF Kongresse FIAB – AG's.

ein Jahr später an die Universität Jena führte. Nur wenige Monate später ließ die Regierung Rüttgers das FIAB schließen. Ob ein Festhalten am Konzept der Arbeiterbildung diese Entwicklung aufgehalten oder im Gegenteil sogar beschleunigt hätte, ist Spekulation. Schon vor Dörres Amtsantritt waren die Absetzbewegungen deutlich, auch die Gewerkschaften hatten das Interesse am Institut verloren. Damit war auch die finanzielle Grundlage des FIAB gefährdet, und dieser Sachverhalt erklärt auch, weshalb Dörre ein solch großes Gewicht auf die Drittmittelakquise legen musste. Und doch hatte die Arbeiterbildung dem FIAB ein auch von Dörre anerkanntes Alleinstellungsmerkmal verliehen²⁹⁴, das mit der Umbenennung und der Neuausrichtung auf den Partizipationsbegriff verloren gegangen war. Am Ende war es ein Institut, das sich kaum noch von einem gewöhnlichen universitären Institut unterschied.

9.4 Fazit

„History“, so soll Mark Twain einmal bemerkt haben, „does not repeat itself, but it often rhymes“. Im Falle der Geschichte der Arbeiterfilme und des FIAB trifft diese Beobachtung zweifellos zu. Beide Male kam der Ressource ‚Arbeiter‘ kritisches Potential zu, weil sie sich außerhalb des jeweiligen Feldes bewegte und weil sich dieser Zustand zugleich als Ungerechtigkeit brandmarken ließ. Dieses Argument, so zeigt das Ende der Arbeiterfilme wie auch des FIAB, war jedoch nicht kontextunabhängig anwendbar. Vielmehr war es die Vorstellung der ‚Arbeitnehmergesellschaft‘, welche den Anspruch der ‚Arbeiter‘ auf Beteiligung – man könnte auch sagen: Partizipation – plausibilisierte. Beim FIAB trat jedoch mit dem Ruhrgebiet ein spezifisches Problemsyndrom hinzu: der Strukturwandel. Er sorgte zu Beginn für eine explizite Bezugnahme auf die Arbeiterschaft. In beiden Fällen entwickelte die Ressource ‚Arbeiter‘ innovatives Potential, und beide Male lief es, ganz im Sinne Bruno Latours, auf eine Dekonstruktion bestehender dichotomer Rollenbilder hinaus. Beide Male wirkten die ‚Arbeiter‘ überdies als ein Instrument zur Erschütterung des Glaubens an die Objektivität beziehungsweise Reinheit des feldspezifischen Wissens.

Und doch setzten bei den Arbeiterfilmen wie auch in der Arbeiterbildung schon bald Distanzierungsprozesse ein. Vor allem Kurt Johansson musste erfahren, dass ihm die Ressource ‚Arbeiter‘ zwar einen Zugang zum wissenschaftlichen Feld er-

²⁹⁴ „Das Institut ist mit seinem Auftrag nahezu allein auf weiter Flur; im Grunde gibt es kaum noch jemand [sic], der sich aus einer Forschungsperspektive heraus auf gewerkschaftliche Bildungsarbeit/politische Bildung bezieht. Das kann ein Vorteil sein.“ Powerpointpräsentation, S. 2.

öffnet hatte, dass ihn aber eben diese Verbindung zum ‚Arbeiter‘ als einen Außenseiter markierte. Das Kapital, das er in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit erworben hatte, erwies sich im universitären Umfeld bestenfalls als nutzlos, womöglich gar als Makel. Hier war die Wissenschaft rigoroser als die Kunst. Der Konflikt zwischen einer Verwissenschaftlichung des Sozialen einerseits und der Sozialisierung der Wissenschaft andererseits ließ sich daher nicht lösen, es blieb ein konfrontatives Nullsummenspiel. Dass dies keineswegs so sein muss, sondern ‚arbeiter‘spezifisch ist, zeigt ein Blick auf die nach wie vor engen Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

In der Kunst wie in der Wissenschaft hing der Wert der Ressource ‚Arbeiter‘ nicht zuletzt daran, dass es sich um etwas Neuartiges handelte. Die künstlerische wie auch wissenschaftliche Bearbeitung dieser Ressource erschöpfte diese Neuartigkeit jedoch. Im Falle des FIAB schützte der hohe Institutionalisierungsgrad die ‚Arbeiter‘ immerhin vor einem ähnlich schnellen Ende wie es den Arbeiterfilmen widerfahren war. Wie auf dem Feld des Rechts trug die Existenz mehrerer Vetospieler hier zur Widerständigkeit der ‚Arbeiter‘ bei. Ob sie nicht doch auch für die von Dörre beschworene neue Zeit innovatives Potential hätten entfalten können, vermochte das FIAB nicht mehr zu klären. Dem stand nicht zuletzt der Sachzwang entgegen, neue Finanzmittel zu erschließen. Und aus der Ressource ‚Arbeiter‘ ließ sich auf dem freien Markt nicht mehr sonderlich gut Kapital schlagen. Die entscheidende Weichenstellung lag aber in einer Kapitulation vor der Wirklichkeit, oder zumindest vor einer bestimmten Version von Wirklichkeit. Denn obwohl die Forschungsprojekte noch Ende der 1980er Jahre empirische Belege für eine Fortexistenz der Arbeiterschaft lieferten, übernahmen erst Teile der Gewerkschaften und später auch die FIAB-Belegschaft die herrschenden Zeitdeutungen. Darüber verlor die Behauptung, dass die Welt nicht so sein muss, wie sie ist, weil sie von den Herrschenden verzerrt dargestellt wird, an Überzeugungskraft. Erleichtert wurde dies, weil die Diskurstheorie die nötigen Werkzeuge lieferte, um die ‚Arbeiterschaft‘ zu dekonstruieren: Wilke Thomssen wie auch die gewerkschaftlichen Modernisierer werteten die Adressierung von Menschen als ‚Arbeiter‘ oder ‚Arbeitnehmer‘ nun als eine nicht zu tolerierende Fremdzuschreibung. Ihrer Meinung nach war lediglich Bürger ein würdiger Begriff.

2013 gab Klaus Dörre einen Sammelband heraus, der, sieht man einmal vom Binnen-I ab, wie ein Relikt aus den 1970er Jahren erschien. Der Titel: „Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen.“²⁹⁵ Offensichtlich taugte dieser alte Begriff noch immer.

295 Vgl. Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hrsg.), Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg 2013.